



Evangelische Landeskirche
des Kantons Thurgau

Synodalamtsblatt 1-2026

Protokoll vom 17.11.2025

Synode vom 29. Juni 2026

Der Kirchenrat und das Büro der Synode der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau
an die Mitglieder der Evangelischen Synode

Einladung zur Sitzung der Synode

Montag, 29. Juni 2026, Kartause Ittingen Frauenfeld

Tagesordnung:

08.15 Uhr Gottesdienst in der Klosterkirche
09.30 Uhr Beginn der Verhandlungen in der Remise
12.00 Uhr Unterbrechung der Verhandlung, Mittagessen
13.45 Uhr Fortsetzung der Verhandlungen
17.00 Uhr Ende der Verhandlungen

Mit freundlichen Grüßen

EVANGELISCHER KIRCHENRAT
DES KANTONS THURGAU

Präsidium



Prof. Dr. Christina Aus der Au

EVANGELISCHE SYNODE
DES KANTONS THURGAU

Präsidium



Pfr. Haru Vetsch

Unterlagen digital:

Sämtliche Synodalunterlagen und weitere Informationen befinden sich auf der Webseite der Evangelischen Landeskirche, inklusive Unterlagen, die nicht im Synodalamtsblatt abgedruckt sind: www.evang-tg.ch/Synodeunterlagen

Unterlagen 2022-2026: www.evang-tg.ch/synodecloud



Abmeldung:

Wer an der Teilnahme verhindert ist, hat sich gemäss Geschäftsreglement der Synode möglichst frühzeitig vor oder spätestens innerhalb von zwei Tagen nach der Sitzung beim Tagespräsident der Synode schriftlich zu entschuldigen: Haru Vetsch synode.praesidium@evang-tg.ch

Mittagessen:

Das Mittagessen findet um 12.00 Uhr in der Kartause statt. Wer daran **nicht** teilnimmt, oder eine Intoleranz hat, meldet dies bis Freitag, 19. Juni 2026, bei der Kirchenratskanzlei: kanzlei@evang-tg.ch Die Menüauswahl erfolgt vor Ort bei der Ausgabe des Namenbändels.

Gäste:

Gäste der Synode sind zum Mittagessen eingeladen. Sie melden sich bis Freitag, 19. Juni 2026 bei der Kirchenratskanzlei an: kanzlei@evang-tg.ch

Geschäftsordnung

1. Begrüssung und Eröffnung durch den Präsidenten der letzten Amtsdauer
Bezeichnung des vorläufigen Aktuariats und der vorläufigen Stimmenzähler oder Stimmenzählerinnen
2. Namensaufruf
3. Bericht des Kirchenrates über die Erneuerungswahlen der Synode für die Amtsdauer 2026-2030
4. Wahl der Mitglieder des Synodalebüros für die Amtsdauer 2026-2030
 - a) Präsidium
 - b) Vizepräsidium
 - c) Aktuarat
 - d) Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzähler
 - e) Ersatzmitglied des Büros
5. Wahl der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission
6. Wahl der Mitglieder der Redaktionskommission
7. Ersatzwahl Ombudsstelle
Wahl eines zweiten Stellvertreters Ombudsstelle
8. Ersatzwahl in die Synode der Evangelischen Kirche Schweiz (EKS)
9. Jahresbericht 2025 des Evangelischen Kirchenrats
10. Rechnung 2025 der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau
Botschaft und Antrag des Kirchenrats
11. Prozentsatz der Mindestausstattung für 2027
Botschaft und Antrag des Kirchenrats
12. Schenkungsvertrag mit der Thurgauische Evangelische Frauen- und Familienhilf
tef und Baurechtsvertrag mit dem Verein «Chinderhuus Sunnehof»
Botschaft und Antrag des Kirchenrats
13. Aufstockung Seelsorgestelle Rehaklinik Dussnang
Botschaft und Antrag des Kirchenrats
14. Motion «Aufwertung des Berufsbildes von Diakoninnen und Diakonen»
Motion
Stellungnahme und Antrag des Kirchenrats
15. Interpellation «Geschickte Gesetzgebung beugt Konflikten vor»
Interpellation
Stellungnahme des Kirchenrats
16. Mitteilungen
 - a. Kirchenrat
 - b. Büro der Synode
 - c. Bericht aus der Synode EKS
17. Umfrage

Traktandum 11

Prozentsatz der Mindestausstattung für 2027

Botschaft und Antrag des Kirchenrats

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Gemäss § 3 Finanzausgleichsverordnung (RB 187.171) beschliesst die Synode jeweils bis Ende Juni über den Prozentsatz, der für die Mindestausstattung des Folgejahres zur Anwendung kommt.

Für die Rechnung 2025 hatte die Synode einen Satz von 78% beschlossen. Für das Jahr 2025 bedeutet dies einen Aufwand von CHF 498'229.00 (Budget CHF 430'000.00).

Für das Jahr 2026 hat die Synode den Prozentsatz von 78% beibehalten. Damit wurde der Betrag von CHF 425'000.00 budgetiert, was voraussichtlich übertroffen wird.

Für das Budget 2027 sind die Zahlen der Steuereinnahmen 2025 aus den Kirchgemeinden erst ab August 2026 vorhanden. Unter der Annahme, dass sich die durchschnittliche Mitgliederzahl reduziert, der durchschnittliche Steuerertrag und der jeweilige Steuerfuss jedoch stabil bleiben und dadurch die durchschnittliche kantonale landeskirchliche Steuerkraft pro Mitglied steigt, wird der Gesamtbetrag für die Mindestausstattung voraussichtlich deutlich ansteigen.

Mit dieser Prognose würde auch bei 76% die Unterstützung der Kirchgemeinden im Gesamtvolumen gegenüber den Vorjahren steigen. Die derzeit anspruchsberechtigten Kirchgemeinden werden gemäss unserer Prognose auch 2027 steigende Zuschüsse erhalten.

Der Kirchenrat beantragt deshalb, die Mindestausstattung für das Jahr 2027 auf 76% festzulegen. Damit reagiert er verantwortungsbewusst auf veränderte finanzielle und demografische Rahmenbedingungen, ohne den kirchlichen Grundauftrag oder die Solidarität zwischen den Kirchgemeinden infrage zu stellen. Die Anpassung stärkt die langfristige Tragfähigkeit des Finanzausgleichs und fördert zugleich Eigenverantwortung und Gestaltungsspielräume vor Ort.

Antrag

- 1. Der Kirchenrat beantragt, die Mindestausstattung für das Jahr 2027 auf 76% festzulegen.**

Frauenfeld, 23. April 2026

EVANGELISCHER KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Die Präsidentin: Christina Aus der Au

Der Aktuar: Bernhard Rieder

Traktandum 12

Schenkungsvertrag mit der Thurgauische Evangelische Frauen- und Familienhilfe tef und Baurechtsvertrag mit dem Verein «Chinderhuus Sunnehof»

Botschaft und Antrag des Kirchenrats zur Schenkung und Abschluss eines Baurechtsvertrags

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Ausgangslage

Die Thurgauische Evangelische Frauen- und Familienhilfe tef ist ein gemeinnütziger Verein, der sich seit seiner Gründung 1901 für Frauen- und Familienanliegen einsetzt. Gegründet als Thurgauischer Kollektenverein des „Schweizerischen Vereins zur Hebung der Sittlichkeit“ gehört die tef zu den ältesten Frauenverbänden der Schweiz. Die Evangelische Landeskirche des Kantons Thurgau war stets eng mit dem Verein verbunden und hat ihn jährlich mit namhaften Beträgen unterstützt.

Die tef bekundet schon seit längerer Zeit Mühe, jüngere Personen für eine aktive Vereinstätigkeit zu rekrutieren. Insbesondere aus diesem Grund beabsichtigt die tef die Auflösung des Vereins. Die formelle Auflösung des Vereins erfolgt erst, wenn alle Beschlüsse der Mitgliederversammlung vom 28. November 2023 (siehe unten) vollzogen sind. Bei Auflösung des Vereins wird eine Liquidation durchgeführt. Ein allfälliges Vermögen nach der Liquidation wird dem Evangelischen Kirchenrat treuhänderisch übergeben (Art. 36 Statuten tef).

Die tef besitzt bzw. besass zwei Liegenschaften:

- Liegenschaft «Sonnenhof» in Romanshorn;
- Liegenschaft «Kanzler» in Frauenfeld;

Auflösung des tef

An der Mitgliederversammlung vom 28. November 2023 haben die Mitglieder dem Vorstand Vorgaben betreffend die beiden Liegenschaften „Sonnenhof“, Romanshorn und „Kanzler“, Frauenfeld gemacht. Die Mitgliederversammlung hat folgende Beschlüsse gefasst:

- Gemischte¹ Schenkung der Liegenschaft «Sonnenhof» durch die tef an die Evangelische Landeskirche vor der Auflösung des Vereins;
- Gemischte Schenkung der Liegenschaft «Kanzler» durch die tef an die Evangelische Landeskirche vor der Auflösung des Vereins;
- Der Evangelische Kirchenrat räumt anschliessend dem Verein «Chinderhuus Sunnehof» auf der Liegenschaft «Sonnenhof» das Baurecht ein.
- Der Evangelische Kirchenrat räumt der Stiftung «Kanzler» auf der Liegenschaft «Kanzler» das Baurecht ein.

Überlegungen des Kirchenrats

Gemäss Statuten tef erhält die Evangelische Landeskirche nach der Liquidation des Vereins allfällig verbleibendes Vermögen zur treuhänderischen Verwaltung. Die Mitglieder der tef haben an ihrer Versammlung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Institutionen, die bisher die Liegenschaften nutzen, weiterhin davon profitieren sollen. Der Kirchenrat möchte deshalb weiterhin im Sinne der tef diesen sozialen Institutionen die Nutzung der Liegenschaften zu angemessenen Konditionen ermöglichen.

Liegenschaft «Kanzler»

Die Synode hat am 17. November 2025 der Schenkung und dem Baurechtsvertrag mit der Stiftung «Kanzler» zugestimmt. Vgl. dazu die Publikation im Kantonalen Amtsblatt Nr. 48 vom 28. November 2025 (<https://amtsblatt.tg.ch/>). Die grundbuchamtliche Überschreibung erfolgte am 17. April 2026.

¹ Bei einer gemischten Schenkung gehen unter anderem die Hypothekarschulden an den Beschenkten über.

Liegenschaft «Sonnenhof» und Verein «Chinderhuus Sunnehof»

Die tef ist auch Eigentümerin des Grundstücks "Sonnenhof" an der Sonnenhofstrasse 2/4 in Romanshorn mit dem dazugehörigen Gebäude und Anlagen. Der Verein «Chinderhuus Sunnehof» (www.chinderhuus-sunnehof.ch) betreibt dort eine Kinderkrippe und bezahlt dafür dem tef eine Miete. Dem Verein «Chinderhuus Sunnehof» soll neu das Baurecht auf diese Liegenschaft eingeräumt werden.

Eckwerte Baurechtsvertrag Sonnenhof

Dauer Baurecht	50 Jahre
Zinssatz	1.75%
Gebäude	Geht gegen eine Entschädigung von CHF 684'800.- und inklusive Hypothekarschuld ins Eigentum des Vereins «Chinderhuus Sunnehof» über.
Grundstückfläche	4'025 m ²
Quadratmeterpreis	CHF 464.-
Erlös Baurechtszins pro Jahr	CHF 32'683.-

Schenkungs- und Baurechtsvertrag sind auf der Website der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau einsehbar: www.evangel-tg.ch/Synodeunterlagen.



Anträge

- 1. Der Kirchenrat beantragt der Synode, dem Schenkungsvertrag mit der Thurgauischen Evangelischen Frauen- und Familienhilfe tef der Liegenschaft Nr. 1796 an der Sonnenhofstrasse 2/4 in Romanshorn zuzustimmen.**
- 2. Der Kirchenrat beantragt der Synode, dem Baurechtsvertrag mit dem Verein «Chinderhuus Sunnehof» für die Nutzung des Gebäudes und der Anlagen auf der Parzelle Nr. 1796 an der Sonnenhofstrasse 2/4 in Romanshorn als Kinderkrippe zuzustimmen.**

Frauenfeld, 23. April 2026

EVANGELISCHER KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Die Präsidentin: Christina Aus der Au

Der Aktuar: Bernhard Rieder

Traktandum 13

Erhöhung Pensum Rehaklinik Dussnang um 20% auf 50%

Botschaft und Antrag des Kirchenrats

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Ausgangslage

In der Rehaklinik Dussnang gibt es erst seit zwei Jahren eine eigene Klinikseelsorge. Diese wird in ökumenischer Zusammenarbeit geleistet. Sie hat sich in dieser Zeit so gut etabliert, dass die Leitung der Klinik mit dem Wunsch auf den Kirchenrat zugekommen ist, die Klinikseelsorge von aktuell 50% auf insgesamt 100% zu erhöhen. Es ist ihnen wichtig, an jedem Tag der Woche jemand von der Klinikseelsorge präsent zu haben. Zudem möchten sie die Seelsorge auch mehr in ihre interdisziplinäre Betreuung der Patientinnen und Patienten einbeziehen.

Stand heute beträgt das Pensum der Evangelischen Landeskirche in der Rehaklinik Dussnang 30%. Christiane Siems wird ab 1. Mai 2026 Edith Rohrer Hess als Stelleninhaberin ersetzen. Die Katholische Landeskirche stellt 20 Stellenprozente. Die Seelsorgestelle von insgesamt 50% wird zur Hälfte von der Klinik bezahlt.

Zum Vergleich: Die Rehaklinik Zihlschlacht, die ebenfalls zur VITREA-Gruppe gehört, beschäftigt bei einer ähnlichen Anzahl Betten (Zihlschlacht: 180 – Dussnang: 190) 120% Seelsorge. Davon deckt die evangelische 50% und die katholische Seite 70% ab.

Erwägungen

Es ist sehr erfreulich, dass die Klinikseelsorge einen so guten Stand in der Rehaklinik Dussnang hat und die Landeskirche über die Klinikseelsorge in dieser Institution präsent sein kann. Die Klinikseelsorgerinnen sind für alle Menschen da und leisten damit einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen, der auch wahrgenommen wird. Das könnte in Zukunft ein wichtiges Argument vor die Beibehaltung der juristischen Kirchensteuer sein. In diesem Sinne machen sich Engagements in öffentlichen Institutionen über den wichtigen, seelsorgerlichen Auftrag hinaus längerfristig wohl auch finanziell bezahlt.

Konkrete Umsetzung

Die Schaffung einer Klinikseelsorge von insgesamt 100 Stellenprozenten würde bedeuten, dass die Evangelische Landeskirche ihren Anteil um 20% auf 50% und die Katholische Landeskirche um 30% auf ebenfalls 50% erhöht. Die entsprechenden Anträge wurden gestellt. Die Hälfte der Mehrkosten trägt die Rehaklinik Dussnang. Die Mehrkosten für die Evangelische Landeskirche entsprechen 10 Stellenprozenten und betragen CHF 6'000 – 7'000.

Die neu geschaffenen Stellenprozente werden öffentlich ausgeschrieben und in Absprache mit der Katholischen Landeskirche besetzt. Der Kirchenrat könnte sich vorstellen, diese (zusätzliche) Stelle gemeinsam mit der Katholischen Landeskirche mit einer einzigen Person zu besetzen und zu finanzieren.

Anträge

1. **Der Kirchenrat beantragt die Aufstockung der Seelsorgestelle in der Rehaklinik Dussnang um 20 Stellenprozente per 1. Juli 2026.**

Frauenfeld, 23. April 2026

EVANGELISCHER KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Die Präsidentin: Christina Aus der Au

Der Aktuar: Bernhard Rieder

Traktandum 14

Motion «Aufwertung des Berufsbildes von Diakoninnen und Diakonen»

Motion von Michael Tschumi, Frauenfeld

Diakoninnen und Diakone leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Leben und Wirken unserer Kirchgemeinden. In vielfältigen Aufgabenfeldern – von Kinder- und Jugendarbeit, Religionsunterricht, Sozialarbeit über Seelsorge und Gemeindearbeit bis hin zu gesellschaftlichen Engagements – tragen sie wesentlich zur Erfüllung des kirchlichen Auftrags bei. Ihr Wirken stärkt die Kirche sowohl nach innen als auch nach aussen und prägt das diakonische Profil der Evangelischen Landeskirche Thurgau entscheidend mit.

Trotz dieser zentralen Bedeutung wird das Berufsbild der Diakoninnen und Diakone heute nicht in allen Bereichen der kirchlichen Strukturen entsprechend gewürdigt. Herausforderungen zeigen sich insbesondere bei der Stellenbewertung, der Entlohnung, den Entwicklungsperspektiven sowie der öffentlichen und innerkirchlichen Wahrnehmung des Berufs. Dies führt nicht nur zu einer mangelnden Attraktivität des Berufs für Nachwuchskräfte, sondern erschwert auch die langfristige Sicherung des Bestandes an hochqualifizierten Fachkräften in unseren Kirchgemeinden. Viele Diakoninnen und Diakone verlassen nach einigen Berufsjahren in der Jugendarbeit das kirchliche Berufsfeld. Eine berufliche Weiterentwicklung ist nur an ganz wenigen Orten möglich.

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen, dem Mangel an Pfarrpersonen und zunehmender Anforderungen an die Ausübenden kirchlicher Berufe ist es dringend angezeigt, das Berufsbild der Diakoninnen und Diakone aufzuwerten, zu schärfen und zukunftsfähiger zu gestalten. Die Motion verfolgt das Ziel, entsprechende Massnahmen in die Wege zu leiten und damit diese wichtigen Berufsleute in unserer Landeskirche nachhaltig zu stärken und zu halten.

Ausgangslage

Die "Wegleitungen zur Einreihung der Diakone/Diakoninnen" bieten einen Rahmen, der jedoch in mehreren Bereichen an Klarheit und Verbindlichkeit gewinnen könnte. Um die Attraktivität der diakonischen Berufe zu steigern, eine faire und transparente Lohnstruktur zu gewährleisten und auf den zunehmenden Pfarrermangel strategisch zu reagieren, werden die folgenden Anträge zur Abstimmung vorgelegt.

Aktueller Plan Kirchenrat

Der Kirchenrat stellt aktuell einen Beirat zusammen, unabhängig von der Motion, welcher die Aufgabe erhält, die Attraktivität und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen für «attraktive kirchliche Berufe» zu schaffen. Dieser Beirat wird sich aber allen kirchlichen Berufen annehmen. Voraussichtlich mit Fokus der folgenden Berufsbilder (Katechet:innen, Kirchenmusiker:innen, Diakon:innen). Diese Motion soll die Ziele dieses Beirats unterstützen und auf dessen Ziele positiv einwirken. Die Motion sieht sich als Ergänzung und Klärung zu dessen Auftrag.

Abstimmungsanträge:

Antrag 1: Revision der Lohnstruktur und Kopplung an Qualifikation und Funktion

Der Kirchenrat wird beauftragt, eine überarbeitete Lohnstruktur für diakonische und sozialdiakonische Mitarbeitende vorzulegen. Diese soll folgende Kriterien erfüllen:

1. **Klare Lohnklassen nach Ausbildung:** Die Einstufung in eine Lohnklasse wird primär und verbindlich an den höchsten relevanten Bildungsabschluss gekoppelt (z.B. Höhere Fachschule, Bachelor, Master/MAS). Die aktuelle Spannweite von Klasse 5-8 soll auf 510 erweitert werden und für Mitarbeitende mit HF-Abschluss präzisiert werden.

2. **Definierte Berufsbezeichnungen:** In Anlehnung an bewährte Modelle (z.B. Landeskirche St. Gallen) werden klare Berufsbezeichnungen eingeführt (z.B. Jugendarbeiter/in, Sozialdiakon/in, pastoral Diakon/in, Diakon/in mit Ordination,). Jede Bezeichnung wird einer spezifischen Lohnbandbreite zugeordnet.
3. **Messbare Kriterien für Lohnentwicklung:** Die Lohnentwicklung innerhalb einer Klasse (heute bestehend) sowie der Übertritt in eine neue Klasse wird an klar messbare Kriterien geknüpft, wie z.B. Übernahme von Leitungsverantwortung, absolvierte Weiterbildungen oder die Verantwortung für einen ganzen Tätigkeitsbereich gemäss Checkliste.

Begründung:

Eine transparente, an Qualifikation und Funktion gebundene Lohnstruktur schafft Fairness, Vergleichbarkeit und motiviert zur Weiterbildung. Sie macht die Kirche zu einer attraktiveren Arbeitgeberin und vereinfacht die Personalplanung für die Kirchgemeinden.

Antrag 2: Standardisierung des Wegs zur Ordination

Der Kirchenrat wird beauftragt, die Voraussetzungen und den Prozess für die Ordination von Diakoninnen und Diakonen zu standardisieren.

1. **Zeitlicher und inhaltlicher Rahmen:** Die Ordination soll bei einem berufsbegleitenden Studium (z.B. TDS, RefModula, sur dossier, etc.) nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums erfolgen. Dies insbesondere, wenn das Studium berufsbegleitend gemacht wird. Die Kirchgemeinde, in welcher die Praxisausbildung erfolgt ist, übernimmt die Verantwortung, ob jemand zum Dienst / zur Ordination geeignet ist. Für Abschlüsse, die ohne ein Minimum von einem Jahr Praxisausbildung erfolgen, gelten weiterhin die momentanen Regelungen. Für Diakoninnen und Diakone, welche mit Berufserfahrung aus anderen Kantonen in der Thurgauer Landeskirche arbeiten, erfolgt die Ordination frühestens im ersten Jahr der Anstellung. Eine Entscheidung soll aber spätestens nach Ablauf von zwei Jahren getroffen werden. Die prozentuale Anstellung spielt dabei keine Rolle.
2. **Lohnanpassung:** Die automatische Erhöhung der Lohnklasse nach Ordination um eine Stufe soll geprüft und festgeschrieben werden, sofern die damit verbundenen Aufgaben auch tatsächlich wahrgenommen werden.

Begründung:

Ein klar definierter Weg zur Ordination schafft Planungssicherheit für Mitarbeitende und Kirchgemeinden. Er stellt sicher, dass die bisher eher gelegentliche Ordination nicht willkürlich, sondern als nachvollziehbarer Schritt in der beruflichen Entwicklung erfolgt und die damit verbundenen Kompetenzen anerkannt und honoriert werden.

Antrag 3: Entwicklung eines modularen Kompetenzmodells als Reaktion auf den Pfarrpersonenmangel

Der Kirchenrat wird beauftragt, ein modulares Weiterbildungssystem für Diakoninnen und Diakone zu entwickeln und gegebenenfalls auch innerhalb des Konkordates darauf hinzuwirken, um sie für die Übernahme zusätzlicher pastoraler und gottesdienstlicher Aufgaben zu qualifizieren. Er wird zugleich damit beauftragt, innerhalb des Konkordates auf die Ausarbeitung einer entsprechenden Konkordats weiten Regelung hinzuarbeiten.

1. **Entwicklung von Kompetenzmodulen:** Es sollen zertifizierte Weiterbildungsmodule für spezifische Aufgaben geschaffen werden, die bisher primär dem Pfarramt oblagen (z.B. Taufhandlungen, Abendmahlsfeiern, selbstständige Gottesdienstleitung, Abdankungen).

2. **Definition der Voraussetzungen:** Für jedes Modul werden klare Zulassungsbedingungen (z.B. Bildungsabschluss, Ordination, Berufserfahrung) und Lernziele festgelegt.
3. **Anpassung der Anstellungsrichtlinien:** Der erfolgreiche Abschluss von Modulen soll formell anerkannt und in den Anstellungs- und Lohnrichtlinien berücksichtigt werden.

Begründung:

Angesichts des Pfarrermangels ist es strategisch notwendig, die Kompetenzen der Diakoninnen und Diakone gezielt zu erweitern. Ein modulares System ermöglicht eine flexible und bedarfsgerechte Qualifizierung und stellt sicher, dass die Qualität pastoraler Handlungen auf hohem Niveau bleibt.

5. März 2026

Erstunterzeichner:

Michael Tschumi, Frauenfeld

Mitunterzeichnende:

Lukas Butscher, Amriswil-Sommeri

Elsbeth Graf, Berg

Johannes Hug, Sitterdorf-Zihlschlacht

Markus Ibig, Bischofszell-Hauptwil

Pascale Kaufmann, Roggwil

Steff Keller, Tägerwilen

Gernot Klein, Neukirch a. d. Thur

Remo Kleiner-Dunkel, Berg

Oliver Kopeinig, Romanshorn-Salmsach

Damaris Mannale-Aerni, Amriswil-Sommeri

Evelyne Rickenbach, Amriswil-Sommeri

Heinz Stübi, Frauenfeld

Roland Zuberbühler, Sirmach

Stellungnahme und Antrag des Kirchenrats

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Der Kirchenrat dankt den Motionärinnen und Motionären für die eingereichte Motion und die darin zum Ausdruck gebrachte sorgfältige und engagierte Auseinandersetzung mit dem Berufsbild der Diakoninnen und Diakone. Der Kirchenrat teilt die Einschätzung, dass diakonische Mitarbeitende einen unverzichtbaren Beitrag zum kirchlichen Leben, zur diakonischen Präsenz der Kirche sowie zur Wahrnehmung ihres Auftrags in Gesellschaft und Öffentlichkeit leisten.

Er anerkennt auch die in der Motion benannten Herausforderungen: die Attraktivität des Berufsbildes, transparente und nachvollziehbare Anstellungs- und Lohnstrukturen, klare Entwicklungsperspektiven sowie die Frage nach erweiterten Kompetenzen vor dem Hintergrund des zunehmenden Mangels an Pfarrpersonen.

Der Kirchenrat hat allerdings bereits vor Einreichung der Motion den Beirat «Attraktive Berufsbilder in der Kirche» eingesetzt. Dieser ist beauftragt, eine gesamthafte Analyse der kirchlichen Berufsbilder vorzunehmen, die unmittelbar mit Verkündigung, Seelsorge und Diakonie betraut sind, und darauf aufbauend dem Kirchenrat fundierte Handlungsoptionen zu unterbreiten.

Das Mandat des Beirats umfasst insbesondere:

- die Klärung und Weiterentwicklung der Berufsbilder von Pfarrpersonen, Diakoninnen und Diakonen, Religionslehrpersonen sowie weiterer kirchlicher Berufe,
- die Analyse der Aus- und Weiterbildungswege,
- die Überprüfung der Lohnklassenzuordnungen,
- die Klärung von Schnittstellen, Zuständigkeiten und kooperativen Arbeitsformen,
- die Prüfung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen.

Zentrale Anliegen der Motion sind damit bereits Bestandteil des Arbeitsauftrags des Beirats.

Auch die Frage nach transparenten, nachvollziehbaren und fairen Lohnstrukturen ist ein Thema im Mandat des Beirats. Der Kirchenrat weist aber darauf hin, dass Lohnfragen nicht isoliert für ein einzelnes Berufsbild bearbeitet werden können. Veränderungen in der Einstufung und Entlohnung der Diakoninnen und Diakone haben zudem zwangsläufig Auswirkungen auf andere kirchliche Berufsbilder und auf das Gesamtgefüge der Anstellungsbedingungen in den Kirchgemeinden. Der Kirchenrat ist deshalb der Ansicht, dass dieser Antrag sinnvollerweise im Rahmen der gesamthaften Betrachtung aller kirchlichen Berufsbilder weiterbearbeitet werden soll. Dies gilt auch für die definierten Berufsbezeichnungen, die nach Ansicht des Kirchenrats zudem eine Verfassungsänderung zur Folge hätten. Beim höchsten relevanten Bildungsabschluss der Diakoninnen und Diakone orientiert sich der Kirchenrat an der Ausbildung des TDS Aarau. Inhaberinnen und Inhaber von theologischen Abschlüssen ausländischer Hochschulen und Fachhochschulen müssen über die ausserordentliche Zulassung (Äquivalenzverfahren) unter anderem in reformierter Theologie zusätzliche Ausbildung erwerben. Einer «Akademisierung» des Berufsbilds des Sozialdiakons möchte der Kirchenrat nicht Vorschub leisten.

Auch die Frage nach modularen Weiterbildungs- und Qualifikationsmodellen für diakonische Mitarbeitende gehört ausdrücklich zu den Prüfaufträgen des Beirats. Dabei ist dem Kirchenrat wichtig festzuhalten, dass die Übertragung zusätzlicher Aufgaben nicht allein aus der Not heraus erfolgen darf, sondern sorgfältig theologisch, praktisch und qualitativ begründet sein muss. Auch dieser Antrag kann deshalb nicht isoliert umgesetzt werden, sondern muss in ein kohärentes Gesamtkonzept kirchlicher Berufsbilder eingebettet sein.

Der Antrag zwei ist bereits umgesetzt. Mit § 72 Abs. 2 der Kirchenordnung, nämlich «nach zwei Jahren praktischer Tätigkeit nach Ausbildungsabschluss im sozialdiakonischen Dienst aufgrund eines Beschlusses des Kirchenrats», ist der Prozess der Ordination standardisiert. Die Voraussetzungen werden durch den Kirchenrat geregelt. Er stützt sich dabei auf die Empfehlung der jeweiligen Kirchgemeinde und hat dazu auf der Grundlage des Kompetenzstrukturmodells für die Pfarrausbildung eine Kriterienliste für die Kirchgemeinden verabschiedet.

Die Motion nimmt die Arbeit des bereits eingesetzten Beirats zu attraktiven kirchlichen Berufen inhaltlich vorweg und schränkt dessen ergebnisoffenen Auftrag ein. So behandelt sie ein einzelnes Berufsbild sehr konkret und isoliert. Fragen der Attraktivität, Entwicklung und Entlohnung betreffen jedoch mehrere kirchliche Berufe. Eine solche Einzelbetrachtung birgt die Gefahr neuer Ungleichgewichte und Spannungen in der Zusammenarbeit innerhalb der Kirchgemeinden.

Die Motion greift stark in operative Zuständigkeiten des Kirchenrates ein. Insbesondere Ordination und die Übernahme pfarramtlicher Aufgaben erfordern sorgfältige kirchenrechtliche und überkantonale Klärungen, die nicht innerhalb einer Motion vorgegeben werden sollten. Das kompetenzorientierte Arbeiten in den Kirchgemeinden wird im Beirat für alle kirchlichen Berufe geprüft. Die Kirchenverfassung hat jedoch für den Pfarrberuf und für Diakone/Diakoninnen bereits verbindliche Vorgaben, die nur über eine Verfassungsänderung angepasst werden können. Der Beirat wird jedoch den vorhandenen Spielraum berücksichtigen und ggf. dem Kirchenrat eine Verfassungsänderung anregen.

Der Kirchenrat kommt zum Schluss, dass die Motion wichtige und berechtigte Anliegen aufnimmt, die er in ihrer Zielrichtung unterstützt. Gleichzeitig ist er der Überzeugung, dass eine nachhaltige Aufwertung des Berufsbildes der Diakoninnen und Diakone nur im Gesamtzusammenhang mit den weiteren kirchlichen Berufsbildern innerhalb einer Kirchgemeinde erfolgreich und weise gelingen kann.

Antrag:

Der Kirchenrat beantragt, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Frauenfeld, 23. April 2026

EVANGELISCHER KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Die Präsidentin: Christina Aus der Au

Der Aktuar: Bernhard Rieder

Traktandum 15

Interpellation «Geschickte Gesetzgebung beugt Konflikten vor»

Interpellation von Pfr. Lukas Butscher

Wo Menschen zusammenarbeiten, gibt es Konflikte. In einigen Fällen finden die Beteiligten gute Lösungen und kommen gemeinsam weiter. In anderen Fällen lähmen Spannungen über Jahre.

Als Synode ist es unsere Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Konflikte in unseren Kirchgemeinden überwunden werden können. Unser Auftrag und unsere Arbeit als Kirche hängen davon ab.

Der Kirchenrat ist in Konfliktsituationen oft Ansprechpartner, insbesondere wenn es um Auseinandersetzungen zwischen den Instanzen einer Kirchgemeinde geht. Zudem verleiht ihm die Kirchenordnung Aufsichtsfunktion (§14).

Diese Interpellation fordert den Kirchenrat auf, im Blick auf die letzten zehn Jahre Erfahrungshorizont folgende drei Fragen detailliert zu beantworten:

1. Gibt es Bereiche jenseits persönlicher Faktoren, die immer wieder zu Konflikten Anlass geben? Ich frage nach mindestens drei konkreten strukturellen oder rechtlichen Themenkreisen, die durch geschickte Gesetzgebung entschärft werden könnten.
2. Wie lösen andere Kantone im Konkordat diese Fragen in ihrem Kirchenrecht? Gibt es so etwas wie einen legislativen Konsens («Best Practice»)? Inwiefern ist davon zu erwarten, dass sich Spannungen entschärfen? (Jeder unter 1. genannte Bereich ist separat und mit Verweisen auf die jeweiligen Artikel der Gesetzgebung anderer Kantonalkirchen ausführlich zu beantworten.)
3. Welche(r) dieser Bereiche fallen a) in die Kompetenz der Synode bzw. b) will der Kirchenrat in dieser Legislatur der Synode angehen und welchen Zeitplan legt er konkret vor?

Amriswil, 7. April 2026

Interpellant

Pfr. Lukas Butscher, Amriswil-Sommeri

Stellungnahme des Kirchenrats

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Der Kirchenrat dankt für das Interesse und die Fragen von Pfr. Lukas Butscher. Er geht mit dem Interpellanten einig, dass eine gute und stringente Gesetzgebung die Arbeiten erleichtert und im besten Fall Konflikten vorbeugt. Die Ombudsstelle, der Kirchenrat, die landeskirchlichen Fachstellen, insbesondere die Fachstelle Gemeindeentwicklung, beraten und unterstützen die Kirchgemeinden. Auf diese Art erleichtern sie den Kirchgemeinden die Rechtsanwendung und beugen Konflikten vor. Der Kirchenrat übt gemäss § 14 der Kirchenordnung die Aufsicht über die Kirchenvorsteherschaft aus. Gute Beratung und Coaching führen oft dazu, dass eine aufsichtsrechtliche Intervention des Kirchenrats nicht nötig wird. Diesem Grundsatz möchte der Kirchenrat auch in Zukunft nachleben. Der Kirchenrat ist überzeugt, dass es der guten thurgauischen Tradition entspricht, dass nicht eine «aufsichtsrechtliche Hierarchie» betont wird, sondern dass einander zugehört und im Konfliktfall einvernehmlich nach Lösungen gesucht wird.

Zu den Fragen nimmt der Kirchenrat wie folgt Stellung:

- 1. Gibt es Bereiche jenseits persönlicher Faktoren, die immer wieder zu Konflikten Anlass geben? Ich frage nach mindestens drei konkreten strukturellen oder rechtlichen Themenkreisen, die durch geschickte Gesetzgebung entschärft werden könnten.*

Antwort des Kirchenrats:

Der Kirchenrat ist der Ansicht, dass die landeskirchliche Gesetzgebung auch in Konfliktfällen grundsätzlich gut funktioniert. Er erkennt derzeit keine spezifischen strukturellen oder rechtlichen Bereiche, die durch zusätzliche oder «geschicktere» Gesetzgebung wesentlich entschärft werden könnten. Die bestehenden Regelungen bieten bewusst Spielraum und ermöglichen es den Verantwortlichen, im Gespräch miteinander situationsgerechte Lösungen zu finden. Es existieren zudem verschiedene Eskalationsstufen: In einem ersten Schritt kann die Dekanin oder der Dekan in Konfliktfällen zur Vermittlung beigezogen werden (§ 8 Abs. 1 Ziff. 8 Verordnung über die Einteilung der Dekanatskreise und die Organisation der Kapitel, RB 187.151). In einem weiteren Schritt kann der Kirchenrat die Parteien zu einem Gespräch einladen. Darüber hinaus kann er als Massnahmen eine Weiterbildung oder eine Supervision anordnen oder eine Neuordnung des Pflichtenhefts veranlassen (§ 41 Abs. 2 Rechtspflegeverordnung, RB 187.13). Weiter finden regelmässige Behördenschulungen statt, in denen die gemeinsame Gemeindeleitung thematisiert wird. Mit dem Leitfaden «Leitungsaufgaben in der Kirchgemeinde» steht den Kirchenvorsteherschaften zudem ein umfassendes Grundlagenpapier zur Verfügung.² Dieser Leitfaden wird in den kommenden Monaten aktualisiert. Eine weitergehende Normierung entspricht nicht der thurgauischen Tradition und ist keine Garantie für weniger Diskussionspunkte.

Konflikte entstehen zudem nach Erfahrung des Kirchenrats und gemäss den Rückmeldungen in den Jahresberichten der Kirchgemeinden meist weniger aus gesetzlichen Lücken als aus persönlichen / strukturellen Spannungen und unterschiedlichen Ansichten, etwa im Zusammenhang mit der gemeinsamen Gemeindeleitung von Pfarrpersonen und Aufsichtskommission. Diese lassen sich aber durch zusätzliche Gesetze nicht beeinflussen.

² https://www.evang-tg.ch/fileadmin/user_upload/Informieren/Downloadcenter/Leitfaden_Merkblatt/Leitungsaufgaben_in_der_Kirchgemeinde.pdf.

2. *Wie lösen andere Kantone im Konkordat diese Fragen in ihrem Kirchenrecht? Gibt es so etwas wie einen legislativen Konsens («Best Practice»)? Inwiefern ist davon zu erwarten, dass sich Spannungen entschärfen? (Jeder unter 1. genannte Bereich ist separat und mit Verweisen auf die jeweiligen Artikel der Gesetzgebung anderer Kantonalkirchen ausführlich zu beantworten.)*

Antwort des Kirchenrats:

Da der Kirchenrat keinen konkreten gesetzgeberischen Notstand erkennt, wäre eine vertiefte Analyse des kirchlichen Verwaltungsrechts anderer Landeskirche nicht zielführend.

3. *Welche(r) dieser Bereiche fallen a) in die Kompetenz der Synode bzw. b) will der Kirchenrat in dieser Legislatur der Synode angehen und welchen Zeitplan legt er konkret vor?*

Antwort des Kirchenrats:

Der Kirchenrat verweist auf die obigen Ausführungen.

Frauenfeld, 23. April 2026

EVANGELISCHER KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Die Präsidentin: Christina Aus der Au

Der Aktuar: Bernhard Rieder

PROTOKOLL

über die Verhandlungen der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau vom Montag, 17. November 2025 im Rathaus Weinfelden.

über die Verhandlungen der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau vom Montag, 17. November 2025 im Rathaus Weinfelden

Der Gottesdienst mit einer Dialogpredigt in der Evangelischen Kirche Weinfelden wird von Pfr. Haru Vetsch und seinen Töchtern Salome Vetsch und Lea Vetsch geleitet und von Christopher Kiesel an der Orgel musikalisch umrahmt. Im Gottesdienst wurden Hanna Röthlisberger (Fachstelle Social Media), Daniel Frischknecht (Fachstelle Gemeindeentwicklung) und Lisa Schmid (Fachstelle Religionsunterricht) feierlich in ihr Amt eingesetzt.

Beginn der Verhandlungen um 09.15 Uhr.

TRAKTANDUM 1

Begrüssung

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Ich begrüsse alle Synodalen, Mitglieder des Kirchenrates, die Mitglieder des Büros und die Mitarbeitenden der Kirchenkanzlei. Zudem heisse ich die geschätzten Gäste auf der Tribüne und die Pressevertreterinnen und -vertreter herzlich willkommen zu unserer ordentlichen Synode. Danke für die Unterlagen, welche die Kanzlei zusammengestellt und rechtzeitig verschickt hat. Sie finden die Unterlagen sowohl in der Cloud sowie auch auf der Website.

Die Verdankung für den Gottesdienst fällt heute aus. Es war mir aber eine Freude und Ehre, nach 19 Jahren in der Synode einmal den Synoden Gottesdienst zu leiten und zu feiern. Einmal feierte Pfr. Samuel Kienast den Gottesdienst mit meinem Skript, da ich die Schulter gebrochen hatte. Ich danke der Mesmerin Ximena Wyler für die Unterstützung.

Die Gottesdienstkollekte, die "Teatro Bus" zugutekommt, ergab den Betrag von 851.11 Franken.

Danken möchte ich auch der Stadt Weinfelden, dass wir wieder Gäste im Rathaus sein dürfen. Ein besonderer Dank geht an René Wyss für die Bestuhlung und den Kaffeeausschank.

Zum Voraus ein Dank an Sabrina Tanner und Thomas Schenk mit Team für das Essen im Gasthaus zum Trauben und an alle Mitarbeitenden der Kanzlei, die mithelfen werden.

Claudia Koch von der Fachstelle Information und Öffentlichkeitsarbeit wird Bericht erstatten und Fotos machen. Dafür danke ich ihr. Monika Wiegisser und Bernhard Rieder des Kirchenratsaktuariats danke ich herzlich für die grosse Hilfe. Katrin Argaud hat das Budget und die Zahlen zusammengestellt. Monika Frey und Sonja Zuliani halfen im Hintergrund mit, damit die Durchführung der Synode so überhaupt möglich ist.

Ich freue mich, dass wir die Geschäfte der Synode ein letztes Mal in dieser Zusammensetzung diskutieren, bewegen und unsere Kirche vorwärtsbringen dürfen.

Ich erkläre die Synode hiermit als eröffnet.

TRAKTANDUM 2

Namensaufruf

Der Namensaufruf durch **Pfr. Steffen Emmelius**, Aadorf-Aawangen, ergibt die Abwesenheit der folgenden Mitglieder:

Entschuldigt Vormittag:	Pauli Philip Ermatingen	
Entschuldigt Nachmittag: min	Frare Christina, Altnau	Arztter-
Entschuldigt ganzer Tag:	Kormann Stefan, Aadorf-Aawangen Rissi Hanspeter, Kreuzlingen Ditthardt Marc, Lengwil	Familie Gesund-
heit	Kopeinig Oliver, Romanshorn Zaugg Samuel, Weinfelden	Ferien
Verspätet erschienen:	Pauli Philip, Ermatingen	
Vorzeitig weggegangen:		
15.00 Uhr	Bührer Marc, Matzingen	Beruf
15.30 Uhr	Berger Ursina Gachnang	
16.00 Uhr	Göller Viola, Scherzingen Bottighofen	Familie
16.10 Uhr	Scherrer Walter, Romanshorn	Politik
16.55 Uhr	Engeli Robert, Bussnang-Leutmerken	

TRAKTANDUM 3

Geschäftsordnung

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Ich stelle die Geschäftsordnung zur Diskussion. **Stillschweigend genehmigt.**

TRAKTANDUM 4

Bericht des Kirchenrates über Veränderungen im Bestand der Synode

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Der Bericht über den Bestand der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau ist im Synodalamtsblatt auf Seite 4 abgedruckt. Er wird nicht verlesen, im Protokoll aber wiedergegeben.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

"Seit der letzten Sitzung vom 30. Juni 2025 haben sich im Bestand der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau folgende Änderungen ergeben:

- Münchwilen-Eschlikon: Die Kirchgemeinde hat am 15. Juni 2025 Adrian Stutz als Mitglied der Synode gewählt;
- Sirnach: Ein Sitz ist seit den Erneuerungswahlen vakant;
- Wagenhausen: Ein Sitz ist vakant.

Damit sind mit heutigem Datum 112 der 114 Sitze der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau besetzt."

Diskussion – **nicht benützt**.

TRAKTANDUM 5

Bericht Kirchenrat Zuerkennung der Wählbarkeit ins Pfarramt

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Der Bericht über die Zuerkennung der Wählbarkeit ins Pfarramt des Kirchenrates ist im Synodalamtsblatt auf Seite 4 abgedruckt.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

"Unter Hinweis auf § 28, Absatz 2 der Kirchenverfassung (RB 187.11) erstattet Ihnen der Kirchenrat den folgenden Bericht über ausserordentliche Zuerkennungen der Wählbarkeit ins Pfarramt:

PfarrerIn Susanne Gröger

geboren am 5. Februar 1979, deutsche Staatsangehörige

Susanne Gröger hat ihr Theologiestudium in Deutschland absolviert. Ihre Ordination zur Pfarrerin erfolgte durch die Evangelische Kirche in Bayern. Auf Antrag der Kirchgemeinde Münchwilen-Eschlikon wurde Susanne Gröger am 10. Mai 2023 durch den Kirchenrat als Verweserin eingesetzt. Nach zwei Jahren Verwesertätigkeit in dieser Kirchgemeinde absolvierte Susanne Gröger am 2. September 2025 erfolgreich das kirchenrätliche Prüfungskolloquium. Der Kirchenrat hat deshalb am 18. September 2025 entschieden, Pfarrerin Susanne Gröger die Wählbarkeit für das Pfarramt der Thurgauer Landeskirche zu erteilen. Pfarrerin Susanne Gröger wird weiterhin in der Kirchgemeinde Münchwilen-Eschlikon im Pfarramt tätig sein.

Der Kirchenrat bittet Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Synode, diesen Bericht zur Kenntnis nehmen zu wollen."

Diskussion – **nicht benützt**.

TRAKTANDUM 6

Ersatzwahl Ombudsstelle

Wahl eines zweiten Stellvertreters

Eintreten

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Daniel Frischknecht leitet die neue Fachstelle Gemeindeentwicklung. Er ist als Stellvertreter der Ombudsstelle zurückgetreten. Deshalb muss ein neues Mitglied gewählt werden. Leider hat sich bisher trotz intensiver Suche niemand zur Wahl gestellt. Ich schlage vor, das Traktandum auf die nächste Synode im Juni 2026 zu vertagen. So gibt es wieder etwas Zeit, um nach einer geeigneten Person zu suchen. Sind Sie damit einverstanden? **Stillschweigend genehmigt**.

TRAKTANDUM 7

Liturgie- und Gesangbuchkonferenz: Liederdatenbank

Botschaft und Antrag des Kirchenrates

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 6 und 7 abgedruckt. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) liegt ebenfalls schriftlich vor.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

Detailberatung

Roland Zuberbühler, Sirnach: Der Kirchenrat beantragt ca. 39'000 Franken für die digitale Servicestruktur. Es heisst aber, dass sich die laufenden Kosten für die Lizenzgebühren je nach Kirchgemeinde auf 250 Franken bis 1'000.00 Franken belaufen. Müssen in Zukunft die Kirchgemeinden nun für die jährlichen Kosten aufkommen oder sind sie in den 39'000 Franken inkludiert?

Kirchenrätin Gerda Schärer: Bei den 39'000.00 Franken handelt es sich um den Initialbetrag. Von den total 2,5 Millionen Franken ist das unser Thurgauer Teil. Was nachher kommt, sind die Lizenzen der Gemeinden. Diese Lizenzen werden dann der Verwaltung zugeteilt. Es braucht gewisse Stellenprozent, die durch die 250 Franken bis 1'000.00 Franken von den Gemeinden finanziert werden.

Esther Baumgartner, Weinfelden: Es ist schwierig zu verstehen, worum es hier geht. Deshalb habe ich mich informiert. Ich bin begeistert von diesem Geschäft. Wir haben heute Morgen von der "Familie Landeskirche" gesprochen, und wir alle wissen, wie wichtig Musik ist. Musik verbindet, mit Musik erreichen wir junge Menschen. Ich stelle fest, dass unsere Kirchen die Musik von irgendwo her "covern". Wenn wir nicht wollen, dass wir weiterhin freikirchliche Musik oder andere Lieder "covern", die per se zwar nicht schlecht sind, sollten wir diesem Geschäft zustimmen. Wir wollen doch Musik entwickeln, die unserer Identität entspricht. Es gibt sehr gutes Material, und es sind landeskirchlich relevante Lieder, die allen Menschen zugänglich gemacht werden. Es ist ein Werkzeug, das auf allen Plattformen gut funktioniert. Es geht um die Vernetzung. Ich möchte der Synode die Servicestruktur sehr empfehlen. Ich erschrak zuerst, weil sie teuer ist. Ich glaube aber, dass wir in die Zukunft investieren müssen. Wir haben das heute im Gottesdienst sehr eindrücklich gehört und gesehen.

Pfr. Lukas Butscher, Amriswil-Sommeri: Ich habe eine Verständnisfrage. Können sich die Gemeinden im Sinne eines Abonnements für den Betrag zwischen 250 Franken und 1'000 Franken entscheiden? Können die Kirchgemeinden den Service auch ablehnen?

Kirchenrätin Gerda Schärer: Ja, das ist möglich. Wir haben damit gerechnet, dass allenfalls ein Drittel bis die Hälfte der Kirchgemeinden mitmacht. Darum ist man auf die 250 Franken bis 1'000 Franken gekommen. Je mehr Kirchgemeinden mitmachen, desto geringer wird der Betrag.

Pfr. Dr. Karl F. Appl, Märstetten: Ich hatte die gleiche Frage. Danke für die Antwort.

Pfr. Steffen Emmelius, Aadorf-Aawangen: Ich habe eine mathematische Frage. Uns ist aufgefallen, dass die Differenz von 2,38 Millionen Franken gesamt und 1,4 Millionen Franken, die die Katholische Kirche übernimmt, eine runde Million Franken wäre. Es ist aber nur von 800'000.00 Franken die Rede. Woher kommt diese Differenz?

Kirchenrätin Gerda Schärer: Ich weiss nicht, was den Rest ausmacht. Vielleicht kommen noch andere Player, die auch mitmachen. Das weiss ich nicht.

Michael Tschumi, Frauenfeld: Ich bin seit 25 Jahren in der IT tätig. Es erstaunt mich, dass wir über 2 Millionen Franken für ein IT-Projekt ausgeben wollen, das heute mit einer Standard-Software abgedeckt werden kann. Ich möchte anregen, dass das nochmals reevaluiert wird. Die 40'000 Franken setzen wir für eine saubere Evaluation ein, die wir als Kanton bezahlen müssen, um sich mit einer Standard-Software zu behelfen. Das ist möglich, und es ist genug Auswahl verfügbar. Ich empfehle, das Geschäft abzulehnen.

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Ich möchte Michael Tschumi gerne antworten. Es ist nicht nur die Software. Ein grosser Teil betrifft vor allem die Rechtsabklärung. Ich möchte davor warnen, Lieder einfach aus dem Internet herunterzuladen. Das kann sehr teuer werden, wenn man die Rechte nicht abgeklärt hat und jemand darauf auf-

merksam wird. Den zweiten Punkt hat Esther Baumgartner erwähnt. Es ist auch eine Digitalisierung unserer bekannten landeskirchlichen Lieder, die man nicht einfach über diverse Tools abgreifen kann.

Michael Tschumi, Frauenfeld: Das stimmt. Es ist aber ein anderer Aspekt, den man mit der Suisa, der Genossenschaft der Urheber und Verleger von Musik, klären kann. Man kann ein Agreement mit der Suisa machen. Dann ist das für die gesamte Landeskirche erledigt.

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Das stimmt. Das ist auch ein Teil der 40'000 Franken beziehungsweise der 2,4 Millionen Franken. Natürlich ist es auch nicht ein für alle Mal erledigt. Es kommen immer wieder neue Lieder dazu. Wenn ich mich richtig an die Diskussion mit der Suisa erinnere, ist es dort nochmals jemand anderer als die Suisa, der den Betrag massiv erhöht. Es finden im Moment langwierige Verhandlungen statt, die wir nicht einfach abhaken können. Ich werbe darum, dass es sich wirklich lohnt, auch wenn es sehr teuer ist.

Esther Baumgartner, Weinfelden: Vielleicht kommt hier nicht so zum Tragen, dass Musikerinnen und Musiker schweizweit schon seit ein bis zwei Jahren in einem intensiven Prozess im "Enchanté", dem gemeinsamen Singen in der Kirche, involviert sind. Die Rechtsgrundlagen sind ein wichtiges Thema. Anscheinend gibt es in Deutschland bereits einen Durchbruch und eine Zusammenarbeit mit Suisa. Suisa kam auf die Liturgie- und Gesangbuchkonferenz zu, weil sie bemerkt haben, dass wir als Kirche auch eine starke Kraft im Bereich der Musik darstellen. Mir geht es um die Vernetzung. Meines Erachtens sind wir nicht mehr in der Lage, unser eigenes Süppchen zu kochen, sondern als "Familie Landeskirche" schweizweit und nicht nur als Kanton Thurgau auftreten. So können wir unsere Identität miteinander stärken. Auch wenn ich nicht IT-affin bin, glaube ich, dass das bereits viele Menschen seit Jahren abgeklärt haben.

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Ich habe nichts gegen den Betrag von 40'000 Franken. Mich stört, dass die Kirchgemeinden dafür etwas bezahlen sollen. Deutschland wurde erwähnt. In Tschechien ist es auch so. Das Liedgut ist ohne Abonnement erhältlich. Man kann sich das herunterladen, ohne dafür zu bezahlen. Wir haben verschiedene Stellen aufgestockt. Ich frage mich, ob das Geld besser dorthin gehen sollte und die Benutzung somit kostenlos ist. Es sind nicht nur die Kirchgemeinden, sondern auch andere Menschen, die Zugang haben sollten.

Pfr. Arno Stöckle, Mammern: Wird es einmal ein neues Gesangbuch in Buchform geben? Wird es allenfalls ein ökumenisches Gesangbuch geben? Wie sind da die Entwicklungstendenzen?

Kirchenrätin Gerda Schärer: Vor etwa vier Jahren stimmten wir darüber ab, dass kein neues Gesangbuch herausgegeben wird, sondern dass wir auf die Digitalschiene umsteigen. Die Katholiken bearbeiten das auch. Es wäre schwierig, wenn wir zwar mit ihnen verbunden sind, wir aber nichts machen würden. Die 40'000 Franken würden wir bestimmt nicht anders einsetzen. Wir können als Kirchgemeinde an diesem Projekt teilnehmen. Es wird dann aber viel teurer.

Damaris Mannale, Amriswil-Sommeri: Im Namen der Musikerinnen und Musiker möchte ich beliebt machen, dem Geschäft zuzustimmen. Wir möchten unserer Kirche in Zukunft eine vielfältigere Musik, nicht nur Orgelmusik anbieten. Für die Musikerinnen und Musiker ist es ein grosser Aufwand, die Noten zu besorgen. Darum ist es wertvoll, wenn wir dem Geschäft zustimmen.

Diakon Remo Kleiner, Berg: Ich sehe mich durchaus auch als Vertreter der jungen Erwachsenen. Dem Argument von Esther Baumgartner möchte ich entgegenen, dass man den Jungen und jungen Erwachsenen, die in den Kirchgemeinden verblieben sind, diese mitgestalten und mitprägen, nicht ein neues Liedgut aufzwingen kann. Es läuft alles über Social Media. Das ist eine andere Kultur.

Pfr. Dr. Karl F. Appl, Märstetten: Ich möchte noch einmal die Kostenfrage ansprechen. Wenn also die Hälfte der Kirchgemeinden mitmachen würde, steigen die Kosten dann proportional an oder bleiben sie bei 250 Franken bis 1'000 Franken?

Esther Baumgartner, Weinfelden: Ich sehe das vor allem bei Liedern, die in unseren Lobpreis-Gottesdiensten gespielt werden. Wir dürfen eine eigene Identität haben. Es gibt neue coole Songs. Ich glaube nicht, dass es ein ganz neues Liedgut ist. Ich vertraue unseren kantonalen Musikstellen.

Kirchenrätin Gerda Schärer: Wir haben nicht mit der Hälfte der Kirchgemeinden gerechnet. Darum sind die 250 Franken bis 1'000 Franken fix. Es wird nicht teurer. Wenn wir von Liedgut sprechen, können wir natürlich andere Lieder einfließen lassen. Es heisst also nicht, dass wir nur unsere Kirchensinglieder, sondern zusätzlich mehrere Lieder anbieten. Vorerst sprechen wir von etwa 2'000 Liedern, die am Start dabei sind.

Christian Lohr, Kreuzlingen: Es ist ein klares Zeichen einer Entwicklung, in der wir uns befinden. Die Zukunft wächst teilweise schneller, als wir sie uns vorstellen. Entscheidungen für die Zukunft müssen getroffen werden. Andererseits müssen wir der heutigen Zeit gerecht werden. Ich stelle mich zu 100% hinter das Projekt, auch wenn ich einige kritische Worte sage. Es ist wichtig, dass wir uns über das Thema der Solidarität Gedanken machen. Wenn wir als Thurgauer Landeskirche mitmachen möchten, benötigt das eine solidarische Haltung. Wenn wir da eine gewisse Freiwilligkeit in den Raum stellen, dienen wir uns vielleicht nicht. Es stellt sich die Frage, ob das langfristig sinnvoll ist. Ich möchte gerne möglichst viele oder noch besser alle Kirchgemeinden ins Boot holen. Sie sollten Projekte unserer Landeskirche mitziehen und mittragen. Es ist auch wichtig, dass wir in der jetzigen Phase alle genau wissen, was uns auch bezüglich Kosten erwartet. Für mich ist es schwierig, im Nachhinein die kritische Frage zu stellen, warum man uns das nicht vorher gesagt hat. Ehrlichkeit ist immer der beste Weg.

Diskussion – **nicht weiter benützt**.

BESCHLUSSFASSUNG

Die Synode stimmt der Erstellung der digitalen Servicestruktur und dem dafür vorgesehenen einmaligen Beitrag von 39'040 Franken mit grosser Mehrheit zu.

TRAKTANDUM 8

Relimedia: Kündigung Vertrag

Botschaft und Antrag des Kirchenrates

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 8 und 9 abgedruckt. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) liegt ebenfalls schriftlich vor.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

Detailberatung

Kirchenrätin Ruth Pfister: Bereits vor drei Jahren sprachen wir über das Thema der Relimedia. Die Synode hat einem neuen Vertrag zugestimmt. Zwischenzeitlich haben wir intensiv Werbung für das Angebot von Relimedia gemacht. Trotz der intensiven Werbung und der Ausweitung des Nutzungskreises haben wir im Vergleich zu den Kosten wenig Nutzungszahlen. An der vorletzten Synode hat der Kirchenrat versprochen, im Jahr 2028 die Sachlage der Medienstelle in Kreuzlingen vorzulegen, wie die Zahlen aussehen und wie die Entwicklungen sind. Im Bereich der digitalen Medien passiert zurzeit sehr viel. Wir behalten die Ent-

wicklungen im Auge und werden das Gesamte im Jahr 2028 vorlegen. Der Kirchenrat beantragt der Synode, den Vertrag mit Relimedia aufgrund der Nutzungszahlen und den Kosten zu kündigen.

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Ich möchte noch einmal explizit erwähnen, dass wir alles evaluieren. Wenn es sich nicht lohnt, beantragen wir das Austreten.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG

Die Synode stimmt der Auflösung des Vertrags mit Relimedia (Vereinsmitgliedschaft und Online-Angebot) per 31. Dezember 2025 einstimmig zu.

TRAKTANDUM 9

Weiterführung der Fachstelle Start-up Kirche Botschaft und Antrag des Kirchenrates

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 10 und 11 abgedruckt. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) liegt ebenfalls schriftlich vor.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Detailberatung

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Diese Fachstelle ist in der Synode ab und zu ein Thema. Offiziell beantragt der Kirchenrat nun die Verlängerung. Im Jahr 2021 wurde die Fachstelle bewilligt. Die Stelle wurde erst am 1. November 2021 angetreten. Deshalb dauert die Laufzeit bis Ende Oktober 2026. Wir begleiten und evaluieren ständig. Es gibt eine Übersicht darüber, was gemacht wurde. Die beiden Flaggschiffe, das Kafi Mobil und die "Hiking Church", sind klar. Sie geben sehr viele Impulse vor Ort und Inspirationen an grösseren und kleineren Veranstaltungen. Die Impulse vor Ort erklären sich am besten mit Hausbesuchen der Pfarrpersonen. Man sieht sie nicht, sie sind aber extrem wichtig. Wir sind in intensiver Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit Thomas Bachofner vom Tecum, der einen Anteil der Erwachsenenbildung der Gemeindeentwicklung übernimmt und mit Daniel Frischknecht, der mit der Fachstelle Gemeindeentwicklung wirkt. Wir schaffen Synergien und Effizienz. Der Kirchenrat macht beliebt, hier für die Zukunft unserer Landeskirche etwas aufzugleisen. Nicht nur im Bereich Diakonie, sondern auch im Glaubensbereich möchten wir das mit neuen Projekten und spannenden Ansätzen behandeln. Wir möchten die Botschaft vermitteln, dass wir uns darauf verlassen können. Das hat mit Beziehung zu tun. Das verlangt intensive personelle Arbeit. Ich bitte, diese Stelle genauso lange wie die Fachstelle Gemeindeentwicklung, also bis 31. Dezember 2029, zu verlängern.

Marc Bühler, Matzingen: Die Stellen sollen gebündelt werden, um dadurch mehr Durchschlagskraft zu besitzen. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) stellt den **Antrag**, per Ende 2028 eine Evaluation der Fachstelle Gemeindeentwicklung vorzulegen, so dass die Synode frühzeitig über den Weiterbestand der bis Ende 2029 befristeten Fachstelle Gemeindeentwicklung entscheiden kann.

Evelyne Rickenbach, Amriswil-Sommeri: Wir haben in der Vorsynode gemerkt, dass niemand unserer Gemeinden Erfahrungen mit der Fachstelle Start-up gemacht hat. Mich interessiert, welche Kirchgemeinden diese Fachstelle bereits beigezogen haben. Allenfalls kann uns jemand darüber Auskunft geben.

Pfr. Dirk Oesterhelt, Gachnang: Einige Kirchgemeinden haben noch nicht entdeckt, was Flavia Hüberli anbietet. Flavia Hüberli ist nicht in einer Bringschuld. Es ist eher so, dass die Kirchgemeinden in der Holschuld sind. Es sind viele gute Angebote vorhanden. Die Kirchgemeinden können auf die Fachstellen zugehen. Ich habe die Erfahrung im Bereich der Kirchenmusik gemacht. Ich möchte beliebt machen, auf die Stellen zuzugehen. Dadurch wird erkannt, wie fruchtbar diese Beratungstätigkeiten sind. Sie wird die Kirchgemeinden nachhaltig prägen.

Pfr. Johannes Hug, Sitterdorf-Zihlschlacht: Die Fachstelle ist toll. Flavia Hüberli begleitet uns sehr gut, sehr kompetent, sehr menschlich und mit grossem Wissen. Es liegt an den Kirchgemeinden, auf sie zuzugehen, um zu profitieren. Es ist sehr wichtig, dass die Stelle weitergeführt wird. Dadurch gewinnen wir. Ich empfehle, diese Stelle zu verlängern.

Heinz Lanz, Kreuzlingen: Da Flavia Hüberli auch bei uns arbeitet, kenne ich sie persönlich. Sie kann mit der Start-up Kirche direkt arbeiten. Sie ist sehr couragiert und bringt das ein, was gebraucht wird. Erwähnt werden sollte auch Thomas Bachofner, der mit Flavia Hüberli zusammenarbeitet. Wenn wir die Fachstelle nicht verlängern, können wir in fünf Jahren aufhören. Es ist sehr inspirierend, mit Flavia Hüberli zu arbeiten. Man kann sie anfragen, wenn man ihre Arbeit kennenlernen möchte.

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Ich habe eine Frage zu den Finanzen. Wenn die Stelle innerhalb von vier Jahren positiv evaluiert wird, wie sieht das finanziell aus? Ich kann mich erinnern, dass die GPK vor ein paar Jahren sagte, dass wir mit einem strukturellen Defizit unterwegs seien. Es heisst, dass die Angebote die Betreuung benötigen. Was geschieht in vier Jahren, wenn die Fachstelle zwar inhaltlich positiv evaluiert wird, man aber feststellt, dass kein Geld mehr vorhanden ist?

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Es gibt einen Finanzplan. Die Stelle ist darin enthalten. Wir sind besser auf dem Weg, als wir befürchteten. Wir werden alles zusammen anschauen, um herauszufinden, was wir brauchen und was nicht. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass wir gerade bei etwas knappen Finanzen die Kirchen- und Gemeindeentwicklung benötigen, sonst verwalten wir unseren Untergang. Das Neuste, das Flavia Hüberli auf die Beine gestellt hat, ist der Zukunftstag. Töchter mit ihren Vätern können andere Berufe kennenlernen. Letztes Jahr waren es zwei oder drei Teilnehmerinnen, die sich in Kreuzlingen angeschaut haben, welche kirchlichen Berufe möglich sind. Dieses Jahr waren es in Kreuzlingen acht und in Frauenfeld sechs Personen. Auch in Pfyn, Müllheim, Kradolf und Amriswil haben Kinder bemerkt, dass man coole Sachen machen kann, wie Organistin, Mesmer, Jugendarbeiter, Pfarrperson und so weiter. Das ist etwas, das die Kirche in die Gesellschaft trägt. Es ist ein aufgegleistes Projekt. Es ist ein steiler Aufstieg von zwei auf insgesamt etwa 20 Kinder.

Robert Schwarzer, Arbon: Ich bin nicht gegen dieses Geschäft. Die Stelle gibt es seit 2021. Nun wird sie wieder befristet bis 2029. Das stört mich. Ich finde es eine Zumutung. Man sollte einem Arbeitnehmer die Situation bieten, dass er eine gewisse Sicherheit hat und nicht immer wieder die Stelle verlängern. Das ist grenzwertig. Ich würde es sehr begrüssen, wenn daraus eine fixe Stelle entsteht. Das Ganze soll nicht zu Lasten der Angestellten ausgetragen werden.

Michael Tschumi, Frauenfeld: Ich unterstütze die Stelle. Sie ist in den Kirchgemeinden wohl noch zu wenig verwurzelt. Die Informationen fliessen nicht gut. Ich stelle den **Antrag**, dass die Fachstelle eine Roadmap aufzeigt und einen Aktivitätenplan bereitstellt. In der Synode soll darüber mündlich Bericht erstattet werden. Es sollte transparenter sein, was die Fachstelle anbietet und leistet. Es benötigt eine bessere Kommunikation.

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Es gibt Angebote und Flyer. Wenn die Verlängerung jetzt bewilligt wird, wird dies auf unserer Webseite aufgeschaltet.

Felix Romann, Weinfelden: Ich nehme das Votum betreffend befristeter oder unbefristeter Stelle auf. Ich stelle den **Antrag**, die befristete Stelle in eine unbefristete Stelle umzuwandeln.

Michael Raduner, Horn: Die GPK empfiehlt, die Stelle befristet weiterzuführen. Der Grund liegt darin, dass so abgestimmt wurde. Nachher haben wir die Wahl, weiterzugehen oder auch nicht. Wenn wir die Stelle jetzt unbefristet lassen, haben wir danach die Situation, dass wir nicht wissen, wie es mit anderen Teilstellen weitergeht. Wenn wir den Finanzplan anschauen, sind die Kosten enthalten. Wir müssen jedoch die Möglichkeit für die Jahre 2028 bis 2031 offen lassen, wie es weiter geht. Wenn wir einen guten Erfolgsausweis haben, ist es allenfalls sogar so, dass viel aufgegleist ist und die Stelle zum Selbstläufer wird.

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Der Rückenwind und auch die Voten und die Anerkennung für Flavia Hüberli freut uns sehr. Die Stelle soll zu einer festen werden. Ich kann den Aussagen von Michael Raduner folgen, wenn wir sie als Gesamtstelle aufgleisen wollen. Jene, die dann im Jahr 2029 noch in der Synode sind, sollen sich dann bitte an die heutige Synode im Jahr 2025 erinnern und feststellen, dass wir es genau so wollten. Dann können wir die Stelle unbefristet führen.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Abstimmungen:

- Der Antrag 1 des Kirchenrates obsiegt gegenüber dem Antrag Romann mit grosser Mehrheit.
- Dem Antrag 2 des Kirchenrates wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.
- Dem Antrag der GPK wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.
- Der Antrag Tschumi wird mit 42:35 Stimmen abgelehnt.

BESCHLUSSFASSUNG

Die Synode stimmt dem Geschäft als Ganzes einstimmig zu.

TRAKTANDUM 10

Budget und Steuerfuss 2025

Botschaft und Antrag des Kirchenrates

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im separaten Heft "Budget 2026" abgedruckt. Die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) liegt ebenfalls schriftlich vor.

Eintreten ist gemäss Kirchenverfassung **obligatorisch.**

Detailberatung

Michael Raduner, Horn: Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat das Budget beraten. Wir sind sehr erfreut über das positive Budget. Die Steuereinnahmen wurden realistisch budgetiert. Die Baurechtszinsen, die budgetiert und für die Zukunft ein guter Betrag sind, der regelmässig aufgeführt wird, sind wichtig. Für das nächste Traktandum ist es wichtig, dass dem Budget so zugestimmt wird. Andererseits sind die Finanzerträge vorsichtig budgetiert. Die GPK dankt für die Erstellung des Finanzplanes. Bis ins Jahr 2030 kann mit einem konstanten Steuerfuss von 2,5% geplant werden. Es zeigt den Sparwillen der Landeskirche, mit den Finanzmitteln haushalterisch, aber zielgerecht umzugehen. Die GPK empfiehlt, das vorliegende Budget zu genehmigen.

Dr. Michael Mente, Weinfelden: Können wir dem Budget so zustimmen, obwohl das Traktandum mit den Pachtzinsen noch nicht beschlossen wurde?

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Allenfalls wird eine Korrektur vorgenommen.

Roland Ziegler, Burg: Die Baurechtszinsen wurden bereits angesprochen. Bei den Baurechtszinsen geht es um Gemeinnützigkeit, die nicht gewinnorientiert ist. Leisten wir etwas dafür? Das Grundstück fiel uns ohne unser Zutun zu. Gibt es Aufwendungen, Verpflichtungen, die die Landeskirche eingeht? Wenn ja, wie wird das begründet, dass wir der Stiftung nun Bauchrechtszinsen verrechnen? Das war meines Wissens vorher nicht der Fall.

Felix Romann, Weinfelden: Ich spreche zu 110 Kirchenratskanzlei Konto 3153 und 3158. Weshalb hat die Landeskirche eine andere Software als die Kirchgemeinden?

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Die Landeskirche arbeitet mit Navision. Wir haben mit engagiertem Arbeitseinsatz auf Microsoft 45 umgestellt. Das ist keine Buchhaltungssoftware, sondern unsere digitale Plattform, die wir im Sinne eines papierlosen Büros, einer digitalen Ablage und einer reibungslosen Zusammenarbeit innerhalb der Kanzlei und der kantonalkirchlichen Angestellten erstellt haben.

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Ich spreche zu Seite 10, Konto 3010. Ich habe letztes Jahr moniert, dass die Fachstelle Diakonie mit einer 50% Anstellung ungefähr 40'000 Franken verdient hat. Jetzt wurde die Stelle auf 40% reduziert, der Lohn beträgt aber 50'000 Franken. Darf ich davon ausgehen, dass das die effektiven Lohnkosten sind? Mit welcher Progression müssen wir rechnen? Um welche Lohnklasse handelt es sich bei den 50'000.00 Franken?

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Ich bin für Klartext. Für mich ist die Matura lohnmässig nicht das Mass aller Dinge. Daniel Frischknecht ist in der Diakonie in Lohnklasse acht. Er ist nicht nur ausgebildeter Koch, sondern auch Diakon. Er leistet ausgezeichnete Arbeit, kombiniert mit Weiterbildung. Den Lohn des vorherigen Stelleninhabers findet man auf Seite 13 im Budget 2025. Es sind ungefähr 59'000 Franken. Bei Daniel Frischknecht sind es ungefähr 56'000 Franken, da Daniel Frischknecht in einer höheren Lohnklasse ist als René Büchi es war. Dies aufgrund seiner Aus- und Weiterbildung als Diakon und seiner Stellung als Fachstellenleiter Gemeindeentwicklung. Es hängt nicht nur von der akademischen Ausbildung, sondern davon ab, was er tatsächlich im Rucksack mitbringt.

Pfr. Stefan Wohnlich, Wängi: Ich möchte auf Seite 9 zurückkommen. Auf Seite 3 der Kommentare heisst es zum Tecum: "Anpassung der bewilligten Stellenprozente der Zentrumsleitung." Auf Seite 9 ist ersichtlich, dass der Betrag im Budget 2025 von 309'000 Franken auf 312'000 Franken im Budget 2026 steigt. Das entspricht ca. 1%. Dies haben wir in unserer Vorsynode nicht verstanden. Was ist der Hintergrund?

Kirchenrätin Gerda Schärer: Es handelt sich nicht um eine Aufstockung. Vorher hatte Katrin Legler mehr Stellenprozente. Die ausgeschriebene Stelle ist wieder auf 20% Stellenprozente reduziert.

Roland Ziegler, Burg: Bei den Einnahmen der Baurechtszinsen handelt es sich um eine Stiftung. Hängen an diesem Betrag Verpflichtungen? Müssen wir für diese Stiftung die Bauchrechtszinsen erheben oder könnten wir das auch erlassen?

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Der Baurechtszins entspricht den Aufwendungen. Bisher erhielt die Thurgauische Evangelische Frauen- und Familienhilfe (tef) jedes Jahr 28'000 Franken. Dazu kamen Kollekten, die die tef unterstützten. Ausserdem gingen die Kirchenfrauen für eine Sammlung von Tür zu Tür. Die tef war "Kirche". Sie wollte, dass die Stiftung "Kanzler" weiter existieren kann. Das ist weiterhin möglich, weil die Stiftung "Kanzler" als sozialpsychiatrische Wohngemeinschaft stark durch den Kanton unterstützt wird. Wenn die Landeskirche der Stiftung das Haus schenkt, ist das eine letzte Unterstützung des "Kanzlers". Wenn wir aber der Stiftung auch den Boden schenken würden, würden wir faktisch den Kanton subventionieren. Es ging darum, dass das Vermögen der tef an die Evangelische Landeskirche geht, damit sie mit dem Geld in den erwähnten Bereichen Kirche sein kann. Es ist ein sinnvoller Austausch. Noch gehört das Gebäude der tef, und deswegen bezahlte der "Kanzler" bisher keine Miete. Nachher gehört es der Stiftung "Kanzler", und hier ist Elisabeth Rickenbach als Delegierte der Landeskirche mit drin.

Markus Hemmerle, Bischofszell-Hauptwil: Diesen Sommer haben Fischer einer kleinen indonesischen Insel einen international tätigen Zementhersteller in Zug angeklagt, den Zementkonzern Holcim, und zwar stellvertretend für tausend andere Betriebe, die Umweltverschmutzung betreiben. Die Situation für die Menschen dieser Insel ist bedrohlich. Ob die Anklage rechters ist, hat das Gericht bis heute nicht entschieden. HEKS, das Hilfswerk der evangelisch-reformierten Kirche Schweiz, hat die Anwälte der Fischer bezahlt. Wie soll bei der nächsten Diskussion im Grossen Rat die Kirchensteuer für Juristische Personen gerechtfertigt werden, wenn die von unterstützten Institutionen jene anklagen, die Kirchensteuer bezahlt haben? Ich stelle den **Antrag**, die Beiträge des HEKS zugunsten anderer Organisationen, beispielsweise der Christian Solidarity International (CSI) oder Sabah, zu streichen.

Judith Hübscher Stettler, Gachnang: Beim Votum von Markus Hemmerle fehlten mir zuerst fast die Worte. Ich appelliere an die Synodalen als Verantwortliche der Kirche: Wir müssen uns für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit einsetzen und die Probleme der jungen Menschen ernstnehmen, wenn wir die heutige Jugend erreichen wollen. Wenn wir wegen Geld einknicken, verlieren wir alle diese als Mitglieder und haben damit einen grossen Verlust. Sind uns unsere Werte oder das Geld wichtiger?

Dr. Marianne Luginbühl, Frauenfeld: Ich votiere im gleichen Sinn wie Judith Hübscher Stettler. Der Religionsunterricht von Judith Müller-Keller hat mich für mein ganzes Leben geprägt. Deshalb hatte ich beschlossen, Theologie zu studieren. Die Diskussion wurde über das Lebensziel geführt. Die Einnahmen eines grossartigen Konzerts im Fraumünster kamen dem HEKS zugute. Die Streichung der Gelder der Landeskirche wäre ein Skandal. Wir sind für alle Menschen verantwortlich, auch wenn sie keine Christen sind.

Pfr. Harald Ratheiser, Arbon: Das HEKS macht was Projekte in fast der ganzen Welt anbelangt, sehr gute Arbeit. Die Aktion, die zur Anklage gegen Holcim geführt hat, ist in meinen Augen ein peinlicher Aktivismus. Der christliche Verein "Eglise à venir" hat mit der Leitung des HEKS Kontakt aufgenommen und eine despektierliche Antwort erhalten, auch was die Spenden der Kirchgemeinde betrifft. Das hat uns sehr betroffen gemacht. Ich würde dem Antrag, dem HEKS 95'000.00 Franken zukommen zu lassen, stattgeben, mache aber beliebt, das HEKS kritisch zu beobachten. HEKS leistet in allen ihren Projekten weltweit wertvolle Arbeit. Diese Anklage ist aber wirklich unsäglich. Wie viele Menschen der HEKS-Leitung sitzen zu Hause in einem Steinhaus, beteiligen sich aber an einer Anklage gegen Holcim? Das passt nicht zusammen. Eine differenzierte Betrachtung ist angebracht.

Pfrn. Sabine Aschmann, Schlatt: Ich bin von der Diskussion sehr beeindruckt. Ich finde es sehr wichtig, dass wir in der Synode hinter Zahlen blicken können. Man drückt nicht einfach auf das soziale Gewissen der Kirche und winkt uns durch, weil es ja sozial wäre. Danke für die differenzierten Worte. Es ist wichtig, dass der Kirchenrat das hört. Meine Erfahrung ist, dass dann, wenn die Synode über Gelder spricht und Druck ausübt, das dann missverstanden wird. Ich möchte nicht nur über das Geld sprechen. Ich hoffe, der Kirchenrat nimmt es sich zu Herzen und hilft, dass solche Fälle kritisch angesehen werden und eine gute Kultur entwickelt wird, damit bei kritischen Angelegenheiten der Finger aufgelegt wird.

Markus Hemmerle, Bischofszell-Hauptwil: Ich bin nicht gegen Solidarität. Das Geld soll stellvertretend an andere Werke umgeleitet werden. Wenn man die Webseite des HEKS ansieht, findet man in einem kleinen Nebensatz eines grossen Textes der Palästinenser, dass sie auch für die Israelis sind. Man findet keinen Buchstaben darüber, was jetzt im Sudan passiert. Dort werden Christen verfolgt und getötet. Es gibt nur das Portemonnaie, um das zu steuern.

Dr. Marianne Luginbühl, Frauenfeld: Ich weiss, dass auch Klimaaktivisten gegen Holcim sind. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Welt nicht kaputt geht. Unsere Welt ist Teil der Schöpfung. Ich finde es auch nicht gut, wenn man Palästinenser bevorzugt wie seinerzeit im Sechstagekrieg. Mein Vater ging in die Synagoge, um für die Juden zu beten. Die Juden erlebten im Zweiten Weltkrieg Schreckliches. Ich bin auch nicht einverstanden, dass Israel für alles verantwortlich sein soll. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Attentate auf die Siedler von Palästina vorgenommen wurden, das heisst natürlich nicht von der Hamas und somit

Palästinenser instrumentalisiert. Ich bin dafür, dass wir uns um Christen kümmern. Wir bezahlen auch für die CSI ein. Man darf nicht das Eine gegen das Andere ausschachten. Wir haben eine hebräische Lesegruppe. Dort sagte jemand, dass alle Palästinenser Terroristen seien. Das ist undifferenziert. Wenn man solche General-Verdammungen ausspricht, wird es unglaublich. Das möchte ich zu bedenken geben.

Pfr. Dr. Karl F. Appl, Märstetten: Mein Gefühl sagt mir, dass wir in eine Generaldebatte über Sinn und Unsinn des HEKS steuern. Es ist mir vollkommen bewusst, dass es kritische Stimmen gegenüber dem HEKS auch seitens der Kirchgemeinden gibt. Hier ist vermutlich nicht der Ort, an dem wir darüber diskutieren sollten. Betreffend der Voten ist es an der Zeit, ein kritisches Gespräch mit dem HEKS anzudenken. Das HEKS erhält einen grossen Teil seiner Finanzen aus Staatsgeldern. Ich habe den Eindruck, das HEKS zu finanzieren, spiele keine grosse Rolle mehr. Ich mache damit nicht die Arbeit des HEKS schlecht. Mein Fokus hat sich in den letzten Jahren aber verschoben, weg vom HEKS.

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Das HEKS ist das Hilfswerk der evangelisch-reformierten Kirche Schweiz. Wir sind hier vertragsgebunden. Zum spannenden Thema der Kirche und der Politik ist zu erwähnen, dass die Kartause Ittingen nächstes Jahr eine öffentliche Veranstaltung plant. Wir bleiben am Ball. Ich höre sehr wohl, dass die kritischen Stimmen gegenüber dem HEKS im Bereich der Holcim unterschiedlicher Meinung sind. Ich war im Namen der Evangelischen-reformierten Kirche Schweiz (EKS) in einem strategischen Ausschuss. Dort wurde unser Verhältnis mit den Hilfswerken ausgelotet. Ich liess mich dazu überreden, mich als eine von zwei kantonalkirchlichen Vertreterinnen in den ständigen Ausschuss wählen zu lassen, in welchem das Verhältnis mit den Hilfswerken diskutiert und geprägt wird. Ich bin deshalb dabei, weil ich die kritische Stimme einbringen wollte, mit dem HEKS, mit Walter Schmid und Karolina Frischkopf zu sprechen. Wir müssen in den Kern, um etwas zu verändern. Wir können also nicht aus unserem eigenen Hilfswerk aussteigen. Wir wollen mitreden, und das machen wir auch.

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Ich möchte ergänzen, dass die Thurgauer Synodalen der EKS der Zielsumme zugestimmt haben. Wir sind ein Teil unserer 25 Landeskirchen. Jede Kirche trägt eine Summe ein. Wir sind bei der Entscheidung frei.

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Ich habe eine technische Frage zu Seite 23 zum Beitrag EKS. Dort wurde die wissenschaftliche Studie zum sexuellen und spirituellen Missbrauch beschlossen. Hat das für uns finanzielle Folgen?

Kirchenrätin Ruth Pfister: Die Kosten werden durch unsere Mitgliederbeiträge getragen.

Christian Hauser, Kreuzlingen: Ich spreche zu den Seiten 21 und 35, Einlagen Fonds und Spezialfinanzierung. Ich möchte wissen, was das für Einlagen in die Spezialfinanzierungen sind.

Kirchenrätin Ruth Pfister: Wir haben heute bereits darüber gesprochen, dass wir das Betriebssystem von Abacus auf Navision gewechselt haben. Jede Kirchgemeinde hat je nach Grösse einen Sockelbeitrag für Navision geleistet. Das war also dieser Beitrag. Danach bezahlt man jährlich.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Der Antrag Hemmerle wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Ich möchte noch die Fragen zur Artengliederung beantworten. Es betrifft die Seiten 18 und 19. Wir beraten das Budget detailliert pro Fachstelle. Es werden Lohn- oder Kurskosten zusammengefasst. Zur Frage auf Seite 18, Konto 3030 Entschädigung an Private im Auftragsverhältnis, weshalb im Budget 2025 30'000 Franken und im Budget 2026 60'000 Franken aufgeführt sind. Das sind Umbuchungen, wenn etwas über den Lohn abgerechnet wird für eine externe Person, die keinen

Arbeitsvertrag mit uns hat. Auf Seite 7 unter Religionspädagogik Fachstelle Religionsunterricht sind die Löhne der Beraterinnen und Berater enthalten, die während der Ausbildung im Auftrag Dienst leisten. Ebenfalls sind auf Seite 9 bei Kirchenmusik 4'000 Franken aufgeführt. Auch dort ist die Arbeit einer externen Fachstelle enthalten. Auf Seite 9 beim Tecum sind es 3'000 Franken weniger. Auf Seite 10 ist es der Theologiekurs. Auch dort sind es externe Referenten, wenn zusätzlich zu Caren Algner Referenten eingeladen werden. Auch bei diesem Betrag wurde nur das Konto von 3010 und 3030 gewechselt. Im Start-up Kirche sind es 2'000 Franken. Das alles sind Zusammenzüge. Ähnlich ist es bei der zweiten Frage. Auf Seite 18 unter Dienstleistungen Dritter und Honorare wurden im Budget 2025 fast 188'000 Franken und im Budget 2026 341'000 Franken budgetiert. Dies ist deshalb hauptsächlich, weil wir Kurskosten im Tecum auch unter 3030 verrechnen. Vorher war es das Konto 3614. Zur dritten Frage haben Sie die Antwort betreffend der 6'240 Franken Einlagen in die Spezialfinanzierung erhalten. Das hängt mit unserem Sockelbeitrag mit Navision zusammen. Das stimmt so nicht, sondern auf Seite 10 unter Kirchenratskanzlei haben wir unsere Lizenz eingetragen. Es ist die Spezialfinanzierung des Projekts ökFibu. Dort haben wir den Ertragsüberschuss ins Eigenkapital integriert. Das ist also eine Ausgleichsbuchung. Wir sind froh, wenn Fragen während der Beratung unter der Funktion gestellt werden. Bei der Artengliederung muss man wieder suchen.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Finanzplan

Diskussion – **nicht benützt.**

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Möchte jemand auf einen Punkt zurückkommen?

Rolf Engeli, Bussnang-Leutmerken: Auf Seite 18, Dienstleistung Honorare beim Konto 3130 gab es eine massive Steigerung. Budgetiert ist ein jährlicher Festtag. Weiss man schon, was geplant ist? Das wäre dann wohl ein Anlass, an dem in der Gemeinde kein Gottesdienst stattfindet.

Kirchenrätin Ruth Pfister: Das eine betrifft die Fachstelle Jugendarbeit. Bei den Erläuterungen haben wir erwähnt, dass wir das Landeskirchliche Festival (LKF) für Jugendliche und junge Erwachsene jährlich anbieten möchten. Bis anhin wurde es im Zweijahresrhythmus angeboten. Es findet in einem anderen Stil statt. Wir haben damit immer mehr Jugendliche erreicht. Es ist schön, wenn man sieht, dass immer mehr Jugendliche einen Jugendgottesdienst feiern möchten. Das Festival für die Jungen findet am Betttag mit Predigt und Musik statt. Die Stände vor dem Pentorama in Amriswil sind sehr anschaulich. Es werden Stände mit Pasta, Popcorn, Wraps usw. angeboten, die die Kirchgemeinden mit ihren Jugendlichen vorbereiten. Wir budgetieren dafür 8'000 Franken, die es wert sind.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG

- Dem Budget 2026 mit einem Ertragsüberschuss von 111'906 Franken wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.
- Den Zentralsteuerfuss bei 2,5% zu belassen, wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Kirchenrätin Gerda Schärer: Die Synodalen haben sich vermutlich gewundert, dass so viele Lieder im Synodalamtsblatt abgedruckt sind. Wir haben Dieter Wagner und Oliver Wendel, die Personen aus der Fachstellenleitung bei uns. Sie stellen uns ein Lied vor der Mittagspause und eines nach der Mittagspause vor. Das sind Lieder, die in Zukunft in der Server-Struktur abgebildet sind. Wir werden nächstes Jahr am 15. Februar 2026 wieder einen Singtag anbieten. Wir singen dann auch Lieder aus dem neuen Liedgut.

Kirchenrätin Ruth Pfister: Vielleicht wundern sich die Synodalen auch, weshalb beim Eingang Material der Organisation "Die Dargebotene Hand" liegt. Die Landeskirche ist Mitträger der Organisation. Der Kirchenrat hat mich delegiert, im Vorstand der Regionalstelle Winterthur, Schaffhausen und Thurgau mitzuwirken. Die Dargebotene Hand hat rund um die Uhr ein offenes Ohr für alle möglichen Anliegen. Freiwillige absolvieren eine seriöse Ausbildung in der wertvollen Organisation. Vorher haben wir über die Beiträge von 5'000 Franken für die Regionalstelle Winterthur und 5'000 Franken für die Regionalstelle St. Gallen gesprochen. Im gesamten Thurgau finden pro Jahr 12'500 Telefonberatungen, 210 E-Mail-Kontakte und 660 Chat-Kontakte statt. Jedes Jahr erstellt die Organisation eine Gottesdienst-Broschüre, die Pfarrpersonen oder Gottesdienst-Leitende nutzen und Bausteine davon für die Predigt verwenden können. Wir sind froh, wenn es für die Organisation "Die Dargebotene Hand" eine Kollekte gibt. Pfr. Tobias Arni aus Märstetten hat dieses Mal den Inhalt für die gesamtschweizerische Auflage geschrieben. Die Synodalen können gerne Schokoladeherzen geniessen. Normalerweise werden diese von Schülerinnen und Schülern für die Organisation verkauft.

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Gemeinsam singen wir nun das Lied "Der Blick geht nach oben". Dieter Wagner und Oliver Wendel werden uns anleiten und begleiten.

Ende der Vormittagssitzung: 11.55 Uhr

Beginn der Nachmittagssitzung: 13.45 Uhr

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Gemeinsam singen wir nun das Lied "Komm, mein Licht" aus dem Singbuch "Enchanté". Dieter Wagner und Oliver Wendel werden uns wiederum anleiten und begleiten.

Vizesynodalpräsidentin Margrit Gentsch: Zufälle gibt es offenbar doch. Das, das ich euch vorlesen werde, ist von einem sogenannten Heiligen aus der Byzantinischen Zeit von Symeon der neue Theologe (um 1000 nach Christus). Es handelt vom Licht.

*Wieder strahlt mir das Licht.
Wieder schaue ich das Licht in Klarheit
Wieder öffnet es den Himmel,
wieder vertreibt es die Nacht*

*Und der über allen Himmeln ist,
den keiner der Menschen je erblickte,
der kehrt aufs Neue in meinen Geist ein,
ohne den Himmel zu verlassen,
ohne die Nacht zu zerteilen,
ohne das Dach des Hauses zu versehren,
ohne irgendetwas zu durchdringen.*

*Und in der Mitte meines Herzens,
oh erhabenes Geheimnis,
da alles bleibt, wie es ist,
stürzt mir das Licht
und hebt mich über alles empor.*

TRAKTANDUM 11

**Umsetzung Motion Butscher
Botschaft des Kirchenrates**

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 12 und 13 abgedruckt.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

Detailberatung

Pfr. Lukas Butscher, Amriswil-Sommeri: Ich danke dem Kirchenrat und dem Aktuariat für die saubere Darstellung aller Änderungen im Synodalamtsblatt. Ich habe bei vielen Diskussionen bemerkt, dass es ziemlich komplex geworden ist. Die Kirchenverfassung, die nicht wir, sondern das gesamte evangelische Stimmvolk in einer konfessionellen Volksabstimmung beschliesst, ordnet die Befugnis und die Aufgabe, Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer zu wählen, der Kirchgemeinde zu. Das heisst also, an der Versammlung oder an der Urnenabstimmung. Dieser Rahmen ist gegeben. Wir können Änderungen beantragen, indem wir einen Vorschlag für eine neue Verfassung in den Prozess integrieren. Am Schluss endet das mit einer konfessionellen Volksabstimmung und einer Abnahme durch den Grossen Rat. Die Idee meiner Motion ist, innerhalb dieses Verfassungsrahmens das Mögliche herauszuholen. Darum bleibt dieser Grundsatz unberührt. Einige der Details können nur verstanden werden, wenn man den Grundsatz im Hintergrund hält. Wie in der Rechtsstellungsverordnung festgehalten wird, kann die Kirchgemeinde ihre Kompetenz zur Besetzung einer Pfarrstelle fallweise an die Aufsichtskommission abgeben. Das ist dann der Fall, wenn man die Stelle statt einer Wahl durch eine Anstellung besetzen möchte. Erst dann, nach dieser Kompetenzübertragung, kann die Stelle indirekt durch eine Anstellung durch die Aufsichtskommission anstatt durch eine Wahl durch unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger besetzt werden. Wenn die angestellte Person kündigt oder gekündigt wird, fällt das Ganze wieder auf den verfassungsmässigen Grundzustand zurück. Wenn also eine neue Person wieder angestellt werden soll, ist wiederum eine Kompetenzübertragung nötig. An der Pfarrstelle an sich ändert sich nichts. Alles, das wir heute diskutieren, bewegt sich zwangsläufig in diesem Verfassungsrahmen. Ich stimme dem Grundtenor, den der Kirchenrat im Synodalamtsblatt aufnimmt, zu. Es entspricht genau dem neuesten Ausdruck des Volkswillens, dass weiterhin das gewählte Amt mit Wohnsitz der Normalfall sein soll. Im Rahmen der Möglichkeiten sollten wir flexibler werden. Über die Änderung der Rechtsstellungsverordnung gibt es viel Einigkeit. Es dürften bei der Besoldungsverordnung aber verschiedene Meinungen herrschen. Ich wundere mich darüber, dass der Kirchenrat eine Gleichbehandlung, also gleicher Lohn für gleiche Arbeit, nicht aufnimmt. Für den Kirchenrat sollen Wahl und Wohnsitz Standard bleiben. Warum bietet der Kirchenrat finanziellen Anreiz für das Gegenteil? Wenn ich Wahl und Wohnsitz möchte, muss ich die Anreize auch in der Gesetzgebung so setzen und es nicht bei der Anstellung billiger und einfach machen. Der Wunsch nach Wahl und Wohnsitz wird somit zu einem frommen Wunsch und zu einer hehren Absicht. Die konkrete Gesetzgebung ist massgeblich. Der Kirchenrat bietet zwei Varianten zur Diskussion. Meines Erachtens sind die beiden Varianten gleich. Wer das letzte Mal für die Gleichbehandlung stimmte, kann keiner der beiden Varianten zustimmen. Der Kirchenrat empfiehlt bei Variante 2, Abs. 3 ganz zu streichen. Das kann missverstanden werden. Eigentlich kann man diesen nicht streichen, da es das in der aktuellen Gesetzgebung nicht gibt. Variante 2 heisst einfach, bei der geltenden Gesetzgebung zu bleiben. Es wird also nichts gestrichen. Das heisst auch, dass sich die Praxis, die auf der aktuellen Gesetzgebung fusst, hier nicht betroffen fühlen muss. Warum soll sich die Praxis ändern, wenn wir an den bisherigen gesetzlichen Grundlagen nichts anpassen? In Variante 1 ist die Ungleichbehandlung in einem Rechtstext nicht geschickt formuliert. Die Pfarrstelle bleibt in der Einstufung 11 oder 12 gleich. Wenn schon wird ein Stelleninhaber tiefer eingestuft. Im Geist davon, was die Synode vorbereitet hat, habe ich mir erlaubt, bereits einen Antrag vorzubereiten, über den im konkreten § 13 der Besoldungsordnung abgestimmt wird. Ich hoffe, dass wir heute das Geschäft zu Ende bringen und mein Ziel erreichen. Ich möchte, dass das es vielleicht für Quereinsteiger und Familien, bei denen der Partner einer anderen Arbeit nachgeht, attraktiver wird, ein Pfarramt zu übernehmen.

Pfrn. Sabine Aschmann, Schlatt: Ich spreche für die GPK. Diese hat das Traktandum genau gelesen. Auch im Gespräch mit dem Kirchenrat haben wir gemerkt, dass eigentlich um drei Varianten geht. Varianten 1 und 2 sind Vorschläge. Der Kirchenrat schlägt vor, dass die Kirchgemeinden die Möglichkeit haben, eine angestellte Pfarrperson eine Besoldungsklasse tiefer einzustufen und dadurch den Anreiz bieten, dass sich jemand doch wählen lässt und

im Pfarrhaus wohnt. Diese Möglichkeit ist im vorliegenden Gesetzestext möglich und bedeutet, dass es zwei verschiedene Aussagen sind. Eine Anstellung soll in Besoldungsklasse 11 oder 12 eingeteilt sein. Das wäre die Gleichstellung. Der zweite Paragraph sagt, dass eine Kirchgemeinde die Freiheit hat, unter diese Besoldungsklasse zu gehen. Dadurch kann es auch sein, dass man bis zur Besoldungsklasse 10 geht. Wir haben in der GPK darüber diskutiert, ob das gerecht ist. Es gibt bereits heute in den Besoldungsklassen 11 und 12 in den kantonalen Anstellungen Unterschiede. Dadurch kann man nicht von einer Gleichbehandlung sprechen, weil die Kirchgemeinden eine gewisse Freiheit haben. Das soll auch so bleiben. Innerhalb der GPK sind wir uns nicht einig, ob wir die Formulierung des Kirchenrates oder die Gleichstellung der Variante 2 favorisieren. Die lohnmassige Gleichstellung würde bedeuten, dass die Kirchgemeinde keine "kann-Möglichkeit" hat, um eine Klasse tiefer zu stufen. Sie muss sich für Lohnklasse 11 oder 12 entscheiden, und zwar egal, ob Anstellung oder Wahl. Die Mitglieder der GPK können sich für beide Varianten erwärmen.

Heinz Stübi, Frauenfeld: Bereits an der letzten Synode erwähnte ich, dass es eine Gleichbehandlung geben müsste. Ich konnte nirgends lesen, dass es noch einmal eine Variante gibt. Es gibt den gewählten Pfarrer, der nicht im Pfarrhaus wohnt, und es gibt den gewählten Pfarrer, der im Pfarrhaus wohnt. Ausserdem gibt es den Angestellten, der nicht im Pfarrhaus wohnt. Diese Variante habe ich nirgends gefunden. Wir müssten hier noch einen Unterschied aufgleisen.

Christian Hauser, Kreuzlingen: Für mich ist die Zeiterfassung nirgends sichtbar. Wie würde die Zeiterfassung bei einem Angestellten und bei einem gewählten Pfarrer aussehen? Gibt es da Unterschiede?

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Der Kirchenrat hat diese Frage ebenfalls im Vorfeld diskutiert. Er findet aber im Sinne einer Gleichheit, es sei immer noch das Amt, ob angestellt oder gewählt. Wir sind in einem Pfarramt als Pfarrpersonen. Im Thurgau spricht man da noch nicht von einer Arbeitszeit. In der Regel erfassen die meisten Pfarrpersonen die Arbeitszeit nicht. Sie führen ihr Amt als Pfarrpersonen aus. Wenn eine Pfarrperson aus einem anderen Kanton kommt, bei dem es die Zeiterfassung und eine 42- oder 44-Stunden-Woche gibt, geht man davon aus, dass sie mehr als das arbeitet, wenn sie im Pfarramt tätig ist. Es sind dann eher 48 Stunden als 42 Stunden. Das ist derzeit noch die mündliche Beratungspraxis, schriftlich ist das nicht so.

Pfr. Steffen Emmelius, Aadorf-Aawangen: Eine Reaktion auf Heinz Stübi: Es ist die Wohnsitzpflicht. Das ist der Unterschied zum Wohnen im Pfarrhaus. Wer am Arbeitsort wohnen muss, darf gewählt werden. Darum gibt es nicht die vier Varianten, sondern nur die Wohnsitzpflicht und keine Wohnsitzpflicht Pfarrhaus.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Rechtsstellungsverordnung

§ 9

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Hier sollten wir abstimmen, da es eine Grundsatzentscheidung ist, ob man die Änderung möchte oder nicht. Wenn man das nicht möchte, muss man sich nicht durcharbeiten.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Der Aufhebung wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

§ 11

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 17

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 22

Pfr. Harald Ratheiser, Arbon: Die Formulierung in § 22 Abs. 2 ist nicht geglückt. Meines Wissens sollte es dort heissen: "Besteht Einvernehmen darin, dass die Stelle im Anstellungsverhältnis besetzt werden soll, stellt die Aufsichtskommission einen Antrag an die Kirchgemeinde zur Kompetenzübertragung." Die Aufsichtskommission stellt den Antrag an die Kirchgemeinde. Die Kirchgemeinde gibt der Aufsichtskommission das Recht, jemanden anzustellen.

Pfr. Lukas Butscher, Amriswil-Sommeri: Die Überlegung für meine Formulierung ist es, dass der Begriff "Antrag auf Kompetenzübertragung" bereits existiert. Der Vorschlag ist eher eine stilistische Frage. Ich habe kein Problem damit, wenn wir die Formulierung gemäss dem Vorschlag von Pfr. Harald Ratheiser übernimmt. Meines Erachtens wird es klarer.

Pfr. Harald Ratheiser, Arbon: Die Aussage, wie sie formuliert wurde, ist nicht korrekt. So kann man davon ableiten, dass die Kirchgemeinde entscheiden müsste. Die Idee ist aber eine andere. Die Kirchgemeinde übergibt die Kompetenz an die Aufsichtskommission. Deshalb muss der Satz umformuliert werden.

Pfr. Lukas Butscher, Amriswil-Sommeri: Die Aufsichtskommission muss einen Antrag auf Kompetenzübertragung stellen. Der Empfänger dieses Antrags und die Instanz, die entscheidet, das ist die Kirchgemeinde.

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Ich schlage eine andere Formulierung vor: "[...] stellt die Aufsichtskommission an die Kirchgemeinde einen Antrag auf Kompetenzübertragung [...]." Abs. 2 soll neu wie folgt lauten: "Besteht Einvernehmen darin, dass die Stelle im Anstellungsverhältnis besetzt werden soll, stellt die Aufsichtskommission an die Kirchgemeinde einen Antrag auf Kompetenzübertragung." Damit wäre es klar.

Beatrice Zuberbühler, Pfyn: Ich unterstütze die Formulierung von Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer. So wird klar, wer wem was überträgt. Ich stelle den **Antrag**, dies so zu ändern.

Diskussion – **nicht weiter benützt**.

Abstimmung:

Dem Antrag Zuberbühler wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

§ 25

Diskussion – **nicht benützt**.

§ 27

Diskussion – **nicht benützt**.

§ 28

Diskussion – **nicht benützt**.

§ 29

Pfr. Stefan Wohnlich, Wängi: In diesem Paragraf ist der letzte Nebensatz vermutlich noch aus der alten Version stehengeblieben. Ich habe mich mit Bernhard Rieder abgesprochen. Eine längere Kündigungsfrist als sechs Monate wird bestimmt niemand vereinbaren. Ich **beantrage**, den Zusatz: "[...], sofern keine längere Kündigungsfrist vereinbart wurde." zu streichen.

Felix Romann, Weinfelden: Ich würde es begrüssen, wenn man in diesem Absatz die gegenseitige Auflösung eines Vertragsverhältnisses integrieren würde. Sonst müssen beidseitig die sechs Monate abgesessen werden, wenn man den Vertrag gegenseitig auflösen möchte. Das kann für beide Parteien mühsam werden. Ich empfehle die Formulierung, dass das Vertragsverhältnis in beidseitigem Einvernehmen vorzeitig aufgelöst werden kann. Mir geht es darum, dass in der Regel die sechs Monate eingehalten werden. Wenn aber beide Parteien eine vorzeitige Auflösung wünschen, sollte man diese Möglichkeit haben.

Pfr. Lukas Butscher, Amriswil-Sommeri: In § 29 Abs. 3 ist das so vorgesehen.

Gernot Klein, Neukirch an der Thur: Mir geht es um eine Ergänzung zur Aussage von Felix Romann. Wenn man eine gegenseitige Aufhebung vereinbart, muss man gezielt in die Verordnung schreiben, dass sie entfristet ist, andernfalls bestehen die Fristen trotzdem.

Dominik Murer, Tägerwilen-Gottlieben: Mir sind ebenfalls Schreibfehler aufgefallen. Es ist nicht klar, wie die Änderungen vorgenommen werden sollen. In § 45 des Geschäftsreglementes der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau heisst es in § 45, dass die Synode einen Erlass einer Redaktionslesung unterstellen kann. In Abs. 4 heisst es, dass die Schlussabstimmung in diesem Fall nach der Redaktionslesung stattfindet. Die Redaktionskommission soll die Rechtsstellungsverordnung korrigieren und sauber formulieren. Danach soll eine Schlussabstimmung in der Synode durchgeführt werden. Das macht Sinn, und alle können die Verordnung nochmals ansehen.

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Ich unterstütze es, dass alles korrekt ohne Rechtschreibfehler ist. Wir sitzen aber schon lange an der wichtigen Motion. Wenn es nur um einen kleinen grammatikalischen Fehler geht, werden wir ihn lösen.

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Wenn wir § 29 anpassen, muss das in die bestehenden Arbeitsverträge, die sich darauf berufen, implementiert werden?

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Die Pfarrpersonen haben keine Arbeitsverträge. Sie sind gewählt. Bei den neuen Arbeitsverträgen wird das aber berücksichtigt.

Christian Hauser, Kreuzlingen: Heisst das, dass es einen Mustervertrag für angestellte Pfarrpersonen geben wird?

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Den gibt es bereits. Bei jenen, die jetzt bereits angestellt sind, müsste das aufgrund der Kündigungsfrist überarbeitet und angepasst werden.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Dem Antrag Wohnlich wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Heinz Stübi, Frauenfeld: Ich stelle den **Antrag**, in § 29 Abs. 2 bei der geltenden Fassung zu belassen. Weshalb sollte man etwas, das die Aufsichtskommission erledigen kann, formal an der Kirchgemeindeversammlung vorbringen? Wir sind immer froh, wenn sich die Kirchgemeindeversammlung kurz hält.

Pfr. Frank Sachweh, Sulgen-Kradolf: Ich frage mich, ob das notwendig ist in der Zeit, in der Kirchgemeinden in grosse Not geraten, weil viele Pfarrpersonen fehlen. Ich stelle den **Antrag**, Abs. 2 zu streichen.

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Bis jetzt war es Usus, dass jeweils zwei Jahre verlängert werden kann. Es muss aber alle zwei Jahre eine Standortbestimmung vorgenommen werden. Auch in anderen Kantonalkirchen wurde es zum Teil neu bewilligt. Die Kantone Graubünden, Aargau und St.Gallen haben es erweitert, damit es weiterhin im Zweijahresturnus ermöglicht wird. Dann wird wieder abgestimmt.

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Wenn Abs. 2 gestrichen wird, bedeutet das, dass rechtlich eine Anstellung nicht mehr möglich ist?

Gernot Klein, Neukirch an der Thur: Hier spielt zudem das Pensionskassenreglement eine Rolle. Das ist ein arbeits- und vertragsrechtlicher Winkelzug, der berücksichtigt werden muss.

Pfr. Frank Sachweh, Sulgen-Kradolf: Ich **ziehe** meinen Antrag **zurück**.

Heinz Stübi, Frauenfeld: Wir führen mit unseren Pfarrpersonen in der Aufsichtskommission jedes Jahr Mitarbeitergespräche. Selbst einen 70-jährigen Pfarrer können wir beurteilen und entscheiden, ob wir ihn weiterhin anstellen. Ich glaube aber nicht, dass die Gemeinde das beurteilen kann.

Heinz Lanz, Kreuzlingen: Geht es nur um die Angestellten oder auch um die ordinierten Personen?

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Kirchenrätin Ruth Pfister hat mir gesagt, dass im Pensionskassenreglement der Perkos die ordentliche Pensionierung hinausgezögert werden kann. Man kann höchstens fünf Jahre länger arbeiten. Wenn man eine Person länger angestellt behalten möchte, sucht eine Pfarrwahlkommission parallel eine jüngere Pfarrperson für die Stelle. Wenn die Pfarrwahlkommission eine Person gefunden hat, die vor Ablauf der zwei Jahre das Pfarramt antreten möchte, kann eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Heinz Lanz, Kreuzlingen: Meine Frage in Bezug auf die ordinierten Pfarrpersonen ist nicht beantwortet.

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Die angestellten oder gewählten Pfarrpersonen sind alle ordiniert. Die gewählten Pfarrpersonen können bis maximal fünf Jahre über das Pensionsalter hinaus angestellt werden.

Pfr. Harald Ratheiser, Arbon: Damit die Verwirrung nicht überhand nimmt, möchte ich ergänzen, dass die von Kirchenrätin Ruth Pfister erwähnte Regelung im Perkosreglement enthalten ist. Das ist aber nicht Perkos spezifisch, sondern unterliegt der Auffangeinrichtung BVG. Nach der ordentlichen Pensionierung kann man bis zu einem maximalen Alter von 70 Jahren weiterhin angestellt sein, wenn der Arbeitgeber zustimmt. Wenn das 70. Altersjahr erreicht ist, kann man nicht mehr in der 2. Säule versichert sein.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Dem Antrag Stübi wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

§ 34

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 45

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 47

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 54

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 58

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 61

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 63

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 65

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 74

Diskussion – **nicht benützt.**

§ 84

Diskussion – **nicht benützt.**

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Möchte jemand auf einen Punkt zurückkommen?

Dominik Murer, Tägerwilen-Gottlieben: Ich stelle den **Ordnungsantrag**, eine Redaktionslesung durchzuführen und an der nächsten Synode über diese Redaktionslesung abzustimmen.

Kirchenratspräsidentin Christina Aus der Au: Es wurden zwei Stellen geändert. In § 22 wurde der Satz umgestellt. In § 29 wird der Zusatz: "[...] sofern keine längere Kündigungsfrist vereinbart wurde" gestrichen. Ich empfehle, den Ordnungsantrag abzulehnen.

Dominik Murer, Tägerwilen-Gottlieben: Wir schulden uns selbst, dass wir saubere Arbeit machen. Es lohnt sich, wenn wir final überblicken können, wie es formuliert wird. Ich halte am Ordnungsantrag fest.

Diskussion zum Ordnungsantrag – **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Der Ordnungsantrag Murer wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

BESCHLUSSFASSUNG

Die Synode stimmt der Teilrevision der Rechtsstellungsverordnung RB 187.23 mit grosser Mehrheit zu.

Besoldungsverordnung

§ 13

Pfr. Lukas Butscher, Amriswil-Sommeri: Ich stelle den **Antrag**, § 13 Abs. 3 wie folgt neu zu formulieren: "Wird eine Pfarrstelle anstelle einer Wahl durch eine Anstellung besetzt, wird sie gleich besoldet wie bei einer Wahl." Der Hintergrund dafür ist die Diskussion an der letzten Synode.

Pfr. Frank Sachweh, Sulgen-Kradolf: Ich unterstütze den Antrag. Unsere Kantonalkirche steht in den kommenden Jahren im Wettbewerb mit den Nachbarkantonen, in denen es keine Abstufung der Lohnklasse für angestellte Pfarrpersonen gibt. Es geht um die Attraktivität unserer Kirchgemeinden. Es ist nicht gern gesehen, wenn man für sich selbst spricht. Ich spreche aber eigentlich für meine jungen Kolleginnen und Kollegen. Unser ehemaliger Kirchenpräsident Walter Berger sagte Ende des letzten Jahres, dass der Lohn für Pfarrpersonen gut mit dem Lohn von Lehrerinnen und Lehrern an Gymnasien und zum Teil auch an Fachhochschulen vergleichbar sei. Heute stehe der Lohn auf dem Stand von Sekundarschullehrpersonen. Bemessen an der Länge und der Intensität des Studiums sowie an der Arbeits- und Zeitbelastung ist das nicht richtig. Es können gut und gerne 65 bis 70 Stunden Wochenarbeitszeit auflaufen. Ich bin nicht dafür, dass eine Herunterstufung von Lohnklasse 11 in Lohnklasse 10 erfolgt. Wenn man die Lohnklasse 10 arbeitsbereinigt betrachtet, wäre das gleichbedeutend mit Lohnklasse 8. Das ist natürlich kein Anreiz.

Felix Romann, Weinfelden: Ich plädiere für die Autonomie für die Kirchgemeinden. Sie sind selber in der Lage, die Situation zu beurteilen. Ein wesentlicher Punkt ist der Wohnort der angestellten Pfarrperson. Ist dieser innerhalb der Kirchgemeinde, kann man es wieder anders beurteilen. Wenn die Person aus diversen Gründen extern wohnt, ist das ein Unterschied. Die Verbundenheit mit dem Gemeindeleben spielt eine Rolle. Die Kirchgemeinden

sind eigenverantwortlich und haben die Autonomie. Ich vertraue darauf, dass es so gemacht wird, wie es für die entsprechende Kirchgemeinde stimmt.

Judith Hübscher Stettler, Gachnang: Ich unterstütze meinen Vorredner, obwohl ich gegen Unterschiede bin. Ich vertraue darauf, dass genau das, was Pfr. Frank Sachweh sagte, dazu führt, dass es bei der "kann"-Formulierung bleibt. Wenn eine Kirchgemeinde eine attraktive Stelle anbieten will, muss sie den entsprechenden Lohn bezahlen. Ich plädiere dafür, dass die Kirchgemeinde die Wahl in alle Richtungen hat. Allenfalls gibt es andere Gründe, wie eine tiefere Teilzeitstelle. Es ist immer im gegenseitigen Einvernehmen. Wir haben beschlossen, dass sogar nicht einmal die Kirchgemeinde der Aufsichtskommission die Kompetenz erteilt. Wenn mit den betroffenen Anwärtern die Pfarrstelle besprochen wird, dann wird sie entsprechend verhandeln. Ich hoffe, dass auch die Frauen gut verhandeln. Ich plädiere für die Autonomie der Kirchgemeinden. Wir reden auch von angestellten Pfarrpersonen.

Michael Raduner, Horn: Ich möchte meinen beiden Vorrednern und dem Vorschlag des Kirchenrates unbedingt zustimmen. Es ist eine "kann"-Formulierung und die Autonomie der Kirchgemeinden, die gewährt werden muss. Die Aufsichtskommission kann und soll ihre Gemeinde so verkaufen, dass sie attraktiv ist und diesen Spielraum erhält. Ich empfehle, dem Vorschlag, wie er im Synodalamtsblatt abgedruckt ist, zuzustimmen.

Pfr. Frank Sachweh, Sulgen-Kradolf: Ich bin der Meinung, dass die Kirchenvorsteherschaft immer noch grossen Handlungsspielraum hat. Es muss nicht über die Lohnklasse geregelt werden. Die Kirchenvorsteherschaft kann alles durch den Mietzins regeln. Ausserhalb der Wohngemeinde müsste eine angestellte Pfarrperson die ortsübliche Miete bezahlen. In der Wohngemeinde könnte sie im vergünstigten Pfarrhaus wohnen. Also gibt es eine gewisse Attraktivität, wenn eine Pfarrperson 70% bis 75% der Ortsmiete bezahlt. Ich weiss, wie ein oft frequentiertes Pfarrhaus sein kann. Der Unterschied zwischen dem Mietzins und der vergünstigten Pfarrwohnung am Ort und einem selbst gewähltem Wohnort ausserhalb der Kirchgemeinde ohne Vergünstigung mit ortsüblichem Mietzins kann 500 Franken bis 1'000 Franken betragen. Man kann das darüber regeln und muss nicht über die Lohnklasse gehen. Wenn die Kirchgemeinde in grosser Not ist, eine Pfarrperson zu finden, hätte sie die Möglichkeit, eine ähnliche Mietunterstützung zu gewähren oder man könnte die Fahrspesen erhöhen. Die Kirchenvorsteherschaft hat einen grossen Spielraum, muss aber nicht an der Lohnstufe "schrauben".

Dominik Murer, Tägerwilen-Gottlieben: Wenn ich es richtig verstehe, geht es darum, dass angestellte und gewählte Pfarrpersonen gleich viel verdienen. Wenn dem so ist, wäre es sinnvoller, Abs. 3 zu streichen. Es wäre einfacher und mit weniger Text. So gäbe es keine Diskriminierung. Man kann beide gleich entlohnen. Ich **beantrage**, Abs. 3 zu streichen.

Isabelle Svabenik, Sulgen-Kradolf: Ich bin für Variante 2, die lohnmassige Gleichstellung. Somit benötigt es Abs. 3 nicht. Unter Abs. 1 heisst es, dass die Zuordnung der Pfarrstellen in Lohnklasse 11 oder 12 erfolgt. Dann braucht es keinen weiteren Absatz.

Pfr. Lukas Butscher, Amriswil-Sommeri: Der Hintergrund des Antrages ist die geltende Gesetzgebung, die die Unterschiede in der Praxis zeitigt. Wenn die Synode gleichen Lohn für gleiche Arbeit möchte, halte ich Abs. 3 für sinnvoll, weil es klar ausgedrückt wird.

Diskussion– **nicht weiter benützt.**

Abstimmungen:

- Der Antrag Murer obsiegt gegenüber dem Antrag Butscher mit 40:25 Stimmen.
- Der Antrag Murer obsiegt gegenüber dem Antrag des Kirchenrates mit 52:43 Stimmen.

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Wenn ich das richtig verstehe, haben wir jetzt in § 13 Abs. 1 die Lohnklassen 10 bis 12.

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Nein, Lohnklassen 11 bis 12. Für angestellte und gewählte Pfarrpersonen gibt es Lohnklassen 11 und 12. Für Verweser und Verweserinnen ist gemäss Rechtsstellungsverordnung noch eine tiefere Besoldung von Lohnklasse 9 bis 11 angesetzt. Sie sind auf der Tabelle im Einreichungsplan nicht aufgeführt.

Diskussion– **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG

Die Synode stimmt der Teilrevision der Besoldungsverordnung RB 187.22 mit grosser Mehrheit zu.

Anhang 2

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Auf dem Einreihungsplan fehlen Verweserinnen und Verweser, die gemäss Rechtsstellungsverordnung in der Lohnklasse 9 bis 11 eingereiht werden. Das sind Personen, die zum Beispiel aus dem Ausland kommen und unsere Wählbarkeit nicht haben. Verweser und Verweserinnen können maximal drei Jahre tätig sein und dann das Kolloquium abschliessen. Erst danach erhalten sie die Wählbarkeit.

Gernot Klein, Neukirch an der Thur: Ich mache beliebt, bei Pfarramt nur Pfarrer und Pfarrerrinnen und nicht gewählte Pfarrer und Pfarrerinnen zu schreiben.

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: Es ist sinnvoll, beides zu benennen, weil es Pfarrpersonen in anderen Diensten, beispielsweise Spezialpfarrämtern gibt. Es geht um das Gemeindepfarramt und um beide Möglichkeiten.

Kirchenratspräsidentin Christina Aus der Au: Ich **beantrage** aus formellen Gründen, dass die Synode beschliesst, die beiden geänderten Erlasse auf einen bestimmten Zeitpunkt, vermutlich per 01.01.2026, in Kraft zu setzen.

Diskussion– **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Dem Antrag des Kirchenrates wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

BESCHLUSSFASSUNG

Dem gesamten Geschäft wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

TRAKTANDUM 12

Baurechtsvertrag mit der Stiftung "Kanzler"
Botschaft und Antrag des Kirchenrates

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 24 bis 27 abgedruckt.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Detailberatung

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Die Ausgangslage unseres Antrages zum Baurechtsvertrag mit der Stiftung Kanzler konnten die Synodalen lesen. Die Landeskirche ist zu Verträgen mit wichtigen Vertragspartnern verpflichtet. Namens des Kirchenrates bitte ich um Zustimmung zum Vertrag. Neu soll die bestehende Hypothekarschuld nicht mehr mit der Raiffeisenbank Seerücken, sondern mit der Raiffeisenbank Frauenfeld abgeschlossen werden. Das ist in der Sache nicht unwichtig, in der Form aber nicht sehr wichtig. Der Kirchenrat hofft, dass die Synode dem Geschäft trotzdem zustimmt.

Heinrich Krauer, Münchwilen-Eschlikon: Die Erstellung des Baurechtsvertrages ist komplex. Das Traktandum wird komplizierter, da es eine Schenkung und eine Löschung eines Schuldbriefes gibt. Das Konstrukt strebt für alle Beteiligten eine gute und sinnvolle Lösung an. Im Interesse aller Beteiligten soll das realisiert werden. Eine der Beteiligten ist die Thurgauische Evangelische Frauen- und Familienhilfe tef. Der Verein soll aufgelöst werden, weil eine Überalterung festzustellen ist. Die zweite beteiligte Institution ist unsere Evangelische Landeskirche Thurgau. Wir sind Baurechtsgeber. Die dritte Institution ist die Stiftung "Kanzler" als Baurechtsnehmerin. Die Landeskirche ist nach erfolgter Schenkung die Eigentümerin der Grundfläche von 1'590 Quadratmetern. Gewissermassen ist auch die Stiftung "Kanzler" für die nächsten 50 Jahre Eigentümerin. Die Stiftung nimmt die Rechte der Eigentümer und Eigentümerinnen wahr. All das ist der Inhalt des Schenkungs- und des Baurechtsvertrages. Die Löschung der Grundpfandrechte ist eine Formsache. Offenbar muss die Synode dem aber zustimmen. Wie es im Synodalamtsblatt heisst, sind die Verträge mit allen Beteiligten ausgehandelt worden. Alle waren mit der Formulierung einverstanden. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat das Geschäft genau geprüft. Sie ist der Ansicht, dass es eine durchdachte Angelegenheit ist. Frauenfeld hat hier aufgrund der komplexen Angelegenheit mitgewirkt. Die GPK empfiehlt, der Schenkung und der Löschung der alten Grundpfandrechte zuzustimmen und durch das Registerpfandrecht zu ersetzen. Das Baurecht sei in dieser Form, wie es beantragt ist, zu gewähren. Es wurde vom Baurechtszins in der Höhe von marktkonformen 1,75% gesprochen.

Roland Ziegler, Burg: Die zusätzlichen 25'000 Franken ohne Erwerbszweck nehmen wir zusätzlich ein. Es stellt sich die Frage, ob wir daran ohne jegliche Leistungen etwas verdienen. Entstehen daraus Kosten? Hat man allenfalls darüber nachgedacht, der Stiftung den Zins komplett zu erlassen oder mindestens einen symbolischen Beitrag zu erheben?

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Die tef führt in ihren Statuten an, dass das Vermögen bei Auflösung an die Landeskirche fällt. An der Mitgliederversammlung wurde beschlossen, dass man Gebäude und Land der Stiftung "Kanzler" nicht schenkt. Man würde der Stiftung "Kanzler" das Land zu einem angemessenen Preis vermieten. Die Landeskirche hat die tef jahrelang unterstützt. Die tef hat der Stiftung "Kanzler" alles kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Stiftung "Kanzler" wird auch durch den Kanton finanziert. Im Vorfeld wurden Briefe an die Vorsynoden geschrieben, dass der Baurechtszins diskutiert werden müsse. Das löste im Kirchenrat einige Irritation aus, weil wir mit den Vertragspersonen der Stiftung "Kanzler" alles besprochen hatten, was auch protokolliert wurde. Wenn nach einer Einigung einige Vertragspartner hinterrücks versuchen, die Eckpfeiler dieses Vertrags wieder zu ändern, ist das wirklich sehr irritierend. Nach vielen Diskussionen haben wir uns auf gute Eckwerte geeinigt. Die Stiftung "Kanzler" bietet gute Arbeit. Wir haben auch unsere freien Beiträge nach einer Kriterienliste durchgearbeitet. Dabei möchten wir die gute Arbeit unterstützen, die im kirchlichen Sinn geleistet wird. Wenn wir die Stiftung "Kanzler" nach diesen Kriterien beurteilen, würde sie nicht berücksichtigt werden, weil sie weder positiv hinter uns steht, noch eine kirchliche Arbeit leistet. Wir sind trotzdem der Meinung, dass sie nicht gratis und franko zu einem Gebäude kommen soll, sondern einen fairen Baurechtszins entrichten muss. Wir sehen keinen Anlass, das als diakonisches Projekt der Evangelischen Landeskirche anzusehen.

Gernot Klein, Neukirch an der Thur: Meines Erachtens sollten wir nicht im Nachgang etwas korrigieren, das bereits an der Auflösungsversammlung bestimmt wurde. Einstimmig wurde dafür gestimmt, dass das der "Kanzler" an die Landeskirche fallen soll. Die Landeskirche als Treuhänderin hat entsprechend treu gehandelt und die Stiftungsgebühr erlassen. Es ist nicht statthaft, diesen Entscheid im Nachgang zu korrigieren. Den Konflikt in der Synode auszutragen, ist nicht gut. Braucht die Sozialpsychiatrische Institution Unterstützung? Ein klares Ja wäre die Antwort. Was machen wir aber mit den 41 anderen Institutionen im Thurgau? Warum fördern wir nur die Stiftung "Kanzler"? Wir könnten sagen, dass wir zukünftige Projekte fördern. Die Stiftung "Kanzler" hat bereits viel Geld erhalten. Wir haben im Budget nicht über die 6,5 Millionen Franken entschieden, damit noch mehr herausgepickt werden kann.

Pfr. Harald Ratheiser, Arbon: Die GPK ist über die E-Mail sehr befremdet, in der die Leitung der Stiftung "Kanzler" bei den Synodalen beliebt machte, den Baurechtszins von 1,75 % auf 1,5 % zu senken. Die Bearbeitung eines Baurechtsvertrages ist ein mühsames Werk. Wir

hatten das ebenfalls in der Kirchgemeinde Arbon. Das dauert Monate oder sogar Jahre. Der Baurechtsgeber, der Baurechtsnehmer sowie das Grundbuchamt müssen zustimmen. Im Nachhinein zu behaupten, man habe nur zähneknirschend zugestimmt, ist ein Unding. Weil es ein komplizierter Weg ist, bis ein Baurechtsvertrag besteht, ist die GPK der Meinung, dass dem integral zugestimmt oder er integral abgelehnt wird. Wenn man beginnt, einzelne Sätze oder Punkte zu ändern, beginnt alles wieder von vorne. Ich appelliere an die Synode, den Verträgen integral zuzustimmen, ohne dass Satz für Satz und Abschnitt für Abschnitt nochmals alles behandelt wird. Diese Arbeit können wir uns sparen. Entweder sagen wir zum Ganzen Ja oder Nein.

Judith Hübscher Stettler, Gachnang: Ich mache beliebt, dem Antrag des Kirchenrates zuzustimmen. Ist es üblich, dass der Baurechtszins an einen Leitzins gekoppelt ist?

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Die Frage nach der Anpassung des Zinssatzes kann ich wie folgt beantworten: Er ist nicht als Referenzzinssatz formuliert, sondern als massgeblicher Zinssatz. Er muss nicht 50 Jahre gleichbleiben. Frühestens drei Jahre nach der ersten Baurechtszinsszahlung kann darüber diskutiert werden. Der Ausgangsindex ist der Landesindex. Wir haben lange mit einem Juristen besprochen, dass wir ein geschenktes Gebäude nicht zurückkaufen müssen. Es kann nur mit unserer Zustimmung etwas geändert werden. Das wird dann entsprechend abgerechnet.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG

- Die Synode stimmt dem Schenkungsvertrag mit der Thurgauischen Evangelischen Frauen- und Familienhilfe tef der Liegenschaft Nr. 60874 an der Kanzlerstrasse 15 in Frauenfeld einstimmig zu.
- Die Synode stimmt der Zusammenfassung der bestehenden Schuldbriefe bei der Raiffeisenbank Seerücken Genossenschaft zu einem Register-Schuldbrief und der Löschung der bisherigen Schuldbriefe einstimmig zu.
- Die Synode stimmt dem Baurechtsvertrag mit der Stiftung "Kanzler" für die Nutzung des Gebäudes und der Anlagen auf der Parzelle Nr. 60874 an der Kanzlerstrasse 15 in Frauenfeld als Wohnheim einstimmig zu.
- Die Synode nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Stiftung "Kanzler" mit einer anderen Bank als der Raiffeisenbank Seerücken einen Hypothekarvertrag abschliessen wird.

TRAKTANDUM 13

Motion "Hinsehen am Lebensanfang"

Motion von Elsbeth Graf, Kirchgemeinde Berg

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Die Motion sowie die Beantwortung des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 26 und 27 abgedruckt.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt**.

Detailberatung

Elsbeth Graf, Berg: Ich danke dem Kirchenrat für seine wohlwollende Antwort. Zuerst hat mich sein Antrag, die Motion nicht erheblich zu klären, enttäuscht und meinen Blick auf den Antworttext verstellt. Bei genauerem Lesen merkte ich, dass der Kirchenrat die Wichtigkeit des Themas in Bezug auf Ethik und Seelsorge anerkennt. Der Kirchenrat teilt mein Anliegen, wenn er schreibt: "Als Kirchenrat nehmen wir diese Themen sehr ernst." Die Fragen am Lebensanfang sind für viele Menschen in unserer Kirche und Gesellschaft von grosser Bedeutung. Es ist unser Anliegen, dass Menschen in solchen Situationen auch die Perspektiven

christlicher Ethik und die Unterstützung der Kirche wahrnehmen können. Des Weiteren verspricht der Kirchenrat ein Teilziel der Motion auf jeden Fall anzupacken, nämlich die Bereitstellung von Publikationen zu den in der Motion angesprochenen Themen. Das wird nötig sein. Ich selbst fand erst nach mühsamer Suche im Netz Texte aus christlich-ethischer Sicht. Sie sind meist lang, ausführlich und teils schwierig zu lesen und zu verstehen. Ein Teilnehmer unserer Vorsynode bemerkte dazu, dass das nicht wenig Arbeit geben werde. Darum hier ein grosses Dankeschön an den Kirchenrat. Damit ist die Motion aber nicht vollständig abgearbeitet. Während des Austausches in der Vorsynode wurde mir klar, dass Seelsorge, Netzwerken und Peerarbeit, also Hilfestellung durch Menschen, die vom gleichen betroffen sind, wichtige Bereiche sind, um die Ziele der Motion zu erreichen. Diese würden bei einer Nichterheblicherklärung der Motion nicht berücksichtigt. Vielleicht sind sie jedoch die wichtigeren Aspekte. Eine Teilnehmerin in unserer Vorsynode erzählte von einer Mitarbeiterin, die nach einer Fehlgeburt in der 18. Schwangerschaftswoche mit der Adresse eines Psychiaters ohne weitere Betreuung nach Hause geschickt wurde. Vielen Frauen hier im Saal, mich eingeschlossen, ist es ähnlich ergangen oder wir haben von jemandem mit diesen Erfahrungen gehört. Zum Glück hatte die Synodale von der Papillon-Gruppe Thurgau gehört, welche betroffene Eltern vernetzt und unterstützt, und sie konnte der Mitarbeiterin die Adresse vermitteln. Es gibt noch viele weitere Themen. Seit ich mich mit dem Ziel der Motion befasste, entdecke ich in den Medien häufig Berichte zu Abtreibungen, Frühgeburten, Kinderwunsch usw. Wie der Kirchenrat in der Antwort erwähnt, gibt es im Thurgau noch keine Plattform für Fragen, welche die Anliegen meiner Motion unterstützend begleiten könnten, wie es bei der Publikation des Buches "Den Weg zu Ende gehen" der Fall war. Wenn die Umsetzung der Motion daran hängt, ist es wohl nötig, eine solche Plattform zu gründen. Ich bitte, die Motion erheblich zu erklären. Wir sollten zusammen mit dem Kirchenrat an den Anfang des Lebens sehen, um die Menschen in unseren Kirchgemeinden zu stärken und unsere bejahende Haltung zum Leben sichtbar machen. Der Bereich Seelsorge, Netzwerken und Peerarbeit liesse sich gut unter dem Begriff "Caring Communities", also einander gegenseitig zu unterstützen, "einander unterstützend leben", einordnen. Bei der Errichtung der Stelle Gemeindeentwicklung wurde das als eine Grundlage genannt. Unsere Abstimmung heute Vormittag hat bekräftigt, dass wir daran weiter arbeiten wollen.

Kirchenrat Pfr. Samuel Kienast: Der Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären, ist dem Kirchenrat nicht leicht gefallen, weil es ein Thema ist, das ans "Lebendige" geht. Es ist wichtig, dass wir als Kirche darüber nachdenken. Trotzdem bleibt der Kirchenrat dabei, dass das nicht erheblich erklären der Motion aus seiner Sicht sinnvoll erscheint, weil die Angelegenheit gross ist. Die grossen Themen beschaffen uns sehr viel Arbeit. Der Kirchenrat ist der Meinung, dass es sinnvoll ist, dass das Thema national in den Verbänden bleibt, um es dort zu bearbeiten. Wir haben das Palliativ-Forum erstellt, weil der Kanton und verschiedene Organisationen auf uns zugekommen sind. Es wurde viel Vorarbeit geleistet. Das ist unser Privileg, dass wir das haben und wieder eine Tagung stattfindet. Wenn wir das in diesem Bereich schaffen wollten, wäre das eine Riesenarbeit. Darum geben wir das gerne an die nationalen Gremien weiter. Dort haben wir Personen, die auch in der Ethikkommission Einsitz haben. Wir nehmen gerne auf, diese Themen auf eine gute Art zu verlinken und sichtbar zu machen. Möglicherweise könnte man bei den Wahlpflichtveranstaltungen auch ein solches Thema aufnehmen. Einen konkreten Vorschlag nehmen wir gerne auf. Der Kirchenrat ist froh, wenn ihm die Umsetzung der Motion in diesem Umfang und der Vielfalt der Themen nicht aufgebürdet wird.

Dr. Marianne Luginbühl, Frauenfeld: Ich sehe das Anliegen ein, möchte aber daran erinnern, dass Amerika einen Marsch für die Gesundheit oder auch für das Christentum anbietet. Ist es nicht einfach feige, wenn man sich hier drückt? Eine gute Freundin hat ihr Kind durch den plötzlichen Kindstod verloren. Das ist etwas, das uns Frauen betrifft, und dahinter sind traurige Schicksale. Warum kann man das nicht teilweise aufgreifen? Den Weg mit Palliativ-Unterstützung zu Ende zu gehen, wurde kantonal durchgeführt. Warum wird dieses Thema hier delegiert?

Katja Brunnschweiler, Bischofszell-Hauptwil: Ich verstehe, dass der Kirchenrat um die Ablehnung der Motion bittet, weil es wirklich eine grosse Angelegenheit ist. Es ist mein grosses

Anliegen, dass die pädiatrische Palliative Care mehr Raum erhält. Sie ist weder im Palliativkonzept des Kantons Thurgau erwähnt noch Thema einer Fachtagung. Es ist Thema meines Berufslebens und dort, wo der Lebensanfang zum Lebensende wird, ein grosser Meilenstein im Leben der betroffenen Familien. Ich möchte alle ermutigen, das Thema einzubringen und dafür zu sorgen, dass es mit Geldern gestützt wird.

Pfrn. Sabine Aschmann, Schlatt: Es ist sehr spannend, dass wir über ein solches Thema sprechen dürfen. Es ist sehr komplex und bestimmt schwierig für einige unter uns, einzusehen, warum man ausgerechnet jetzt für ein solches Thema konkret reden sollte. Wenn man aber beginnt, sich dafür zu interessieren, merkt man, dass es um verborgene Themen geht, die in unserem Land und in unserer Gesellschaft ein Problem darstellen. Nur schon die Zahl der Abtreibungen zeigt, dass es alle zehn Minuten einen Eingriff gibt. Das hat sich in den letzten zehn Jahren um mindestens 12% erhöht. Ab 2027 übernimmt in der Schweiz die Krankenkasse die Kosten für Abtreibungen vollumfänglich. Dies ist im Parlament fast unbemerkt vorbeigerutscht. Es hätte nicht so einfach angenommen werden dürfen. Andererseits höre ich von Betroffenen, dass Krankenkassen die Eltern mit Zahlungsausschluss bestrafen, wenn ein Kind mit Trisomie 21 ausgetragen und zur Welt gebracht wird. Als Folge davon können sich Eltern heutzutage ein behindertes Kind nicht mehr leisten. Das belastet das Gewissen. Wo ist das Lebensrecht in unserem Land für solche Situationen angesetzt? Wie geht es weiter mit dem Handel von Spermien und Embryonen, das unwürdige Kaufen und Verkaufen von Leben? Ich bitte eindringlich, ein solches Diskussionsforum zu finden oder zu gründen, in dem Fachpersonen und verschiedene betroffene Personen in unserem Kanton etwas Konstruktives unternehmen, besprechen und voranbringen können.

Christian Lohr, Kreuzlingen: Wir müssen als Gesellschaft einen Weg und eine Grundhaltung finden, wie wir mit dem Leben und vor allem dem neu geborenen Leben umgehen. Wir müssen Haltung zeigen und uns bemühen, für die Menschen mit einer Beeinträchtigung ein Lebensumfeld zu erschaffen, in dem genau solche Menschen Platz haben. Ich halte das immer wieder an verschiedensten Orten und in Voten fest. Wir Menschen sind alle gleichwertig. Das sollte unser Ansatz sein. Ich urteile nicht über Abtreibungen oder über Versuche mit Embryos. Teilweise ist das für mich eine Horrorvorstellung, wenn wir Menschen gestalten und in einem Computerplan festlegen. Die Kirche und der Glaube sollen mithelfen, dass wir stark genug sind, uns solchen Themen zuzuwenden und uns damit auseinanderzusetzen. Vielleicht fühlt sich der Kirchenrat mit diesen Themen überfordert. Das verstehe ich auch. Wenn die Motion nicht erheblich erklärt wird, fühlt es sich an, als ob sie nicht ernst und wichtig genommen wird. Ich nehme das aber zu 100% ab, dass sie ernst genommen wird und wichtig ist. Es verlangt eine vertiefte Auseinandersetzung. Das Thema wird uns immer mehr beschäftigen. Wer ist von einer Behinderung oder einer Krankheit betroffen? Die Gesellschaft ist ebenfalls von diesem Thema betroffen, nicht nur die Angehörigen. Wir müssen einen gangbaren Weg finden. Es darf keine Momentaufnahme sein, sondern wir müssen uns immer wieder mit dieser Frage auseinandersetzen.

Kirchenrat Pfr. Samuel Kienast: Wir spüren die Betroffenheit hier im Saal und danken für die Beiträge. Wir müssen die pädiatrische Palliative Care mehr mitbedenken. Die Diskussion ist relativ verhärtet. Es gibt von beiden Seiten die gute und die falsche Ansicht. Der Kirchenrat bemüht sich, Stellung zu nehmen, die Brücken schafft. Die Themen müssen differenziert angeschaut werden. Er nimmt auch mit, dass die Erwachsenenbildung diese Themen integriert. Dazu müssen beide Seiten ernsthaft zuhören. Falls die Synode die Motion nicht erheblich erklärt, darf der Kirchenrat gerne daran erinnert werden. Das Thema liegt mir nämlich sehr am Herzen.

Pfr. Arno Stöckle, Mammern: Ich kann den Vorrednern nur beipflichten. Ich halte es auch für ein zentrales Thema. Gibt es eine Alternative, als der Motion zuzustimmen oder die Erheblicherklärung abzulehnen? Wir sind hier als Vertreter unserer Kirchgemeinden. Wie stark sind wir betroffen, wenn wir das Thema nicht einfach ad acta legen, sondern unabhängig der Motion später aufarbeiten wollen? Ist das überhaupt möglich?

Elsbeth Graf, Berg: Es ist eine grosse Aufgabe, die nicht alleine an den Kirchenrat abgeschoben werden kann. Wir alle sind gefragt. Im Internet existiert bereits die Selbsthilfegruppe

Papillon Thurgau, die Menschen mit betroffenem Kindstod betreut. Es gibt weitere Stellen im Kanton, die bereits daran arbeiten. Ich habe in meiner Motion nicht gefordert, bis wann sie erfüllt sein muss. Ich stelle mir vor, dass wir ein Thema nach dem anderen behandeln.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG

Die Motion wird mit 50:40 Stimmen nicht erheblich erklärt.

TRAKTANDUM 14

Interpellation "Vorgehen der Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au und des Kirchenrates im Fall von Pfr. Gottfried Spieth"

Interpellation von Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Kirchgemeinde Steckborn

Eintreten

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Die Interpellation ist im Synodalamtsblatt auf den Seiten 28 bis 31 abgedruckt. Die Antwort des Kirchenrates liegt ebenfalls schriftlich vor.

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Detailberatung

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Leider bin ich mit der Antwort des Kirchenrates nur teilweise zufrieden. Positiv ist zu bewerten, dass wir nun mehr Informationen zum ganzen Fall haben und das Verfahren hiermit transparenter wird. Wir erfahren unter anderem, dass die Aufsichtskommission bereits im November 2024 eine schriftliche Beschwerde eingereicht hat. Das sind die Punkte 1 und 3 der Interpellation. Das war für mich eine wichtige Information. Lediglich unbefriedigend sind die Antworten der Kirchenratspräsidentin. Wenn ich es richtig interpretiere, wurde bis auf ein Gespräch am 14. Januar 2025 von November 2024 bis Juli 2025 rechtlich nichts unternommen. Es wurde kein offizieller Verweis ausgesprochen und keine Supervision angeordnet. Dennoch wird in dem erwähnten Artikel, der am 26. Juli 2025 abgedruckt wurde, von der Maximalmassnahme der Amtsenthebung medial gedroht, obwohl der Kirchenrat die Amtsenthebung im juristischen Sinne von § 38 der Rechtspflegeordnung nie angedroht hat. Bis zum 26. Juli 2025 wurden keine anderen vom Gesetz vorgesehenen Massnahmen ergriffen. Es war also eine rein mediale Drohung mit dem Ziel, auf die betroffene Person Druck auszuüben, wie es auch auf der ersten Seite zugegeben wird. Dort heisst es, dass die Aussage der Kirchenratspräsidentin Wirkung gezeigt habe. Meines Erachtens funktioniert so aber kein Rechtsstaat. Ein solches Vorgehen ist einer Kirche nicht würdig. Unbefriedigend und etwas alarmierend finde ich die Antworten auf die Fragen 8. bis 10. Hier wäre ich heute um eine mündliche Stellungnahme seitens des Kirchenrates froh, denn ich hoffe, dass ich die Argumentation missverstanden habe. Ich habe immer gedacht, reformiert zu sein, was selber denken bedeutet. Doch haben wir in Frauenfeld ein Lehramt, dass sich zutraut, auf der Grundlage von § 38 in geistlich-theologischer Hinsicht über alles zu urteilen, das mit Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu tun hat, wie ich es hier geschildert bekomme. Das ist § 1 Abs. 2 der Kirchenverfassung geregelt. Konkret sei also das israelische Vorgehen in Gaza, der Krieg in der Ukraine oder der Klimawandel erwähnt. Sollte in Zukunft ein Pfarrer, eine Pfarrerin, ein Diakon oder eine Diakonin falsch liegen – hier wird wahrscheinlich die öffentliche Meinung in den Medien ausschlaggebend sein – wird sich der Kirchenrat dem grossen Teil der Öffentlichkeit anschliessen und ein Amtsenthebungsverfahren einleiten oder dies mindestens öffentlich prüfen. Sollte es zutreffen, wäre es hilfreich, wenn wir in Zukunft die verbindliche Meinung zu diesen Themen in einem Kreisschreiben erhalten würden, damit wir darüber nicht falsch denken. Denn dann müsste man mit rechtlichen Konsequenzen rechnen, und das möchte niemand. Deshalb meine Bitte an den Kirchenrat um eine mündliche Stellungnahme. Haben die reformierten Christinnen und Christen im Kanton Thurgau mit dem Kirchenrat in Frauenfeld nun ein Lehramt oder nicht?

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Der Interpellant verzichtet auf Diskussion. Ich frage Sie an, ob jemand in der Synode Diskussion beantragen will.

Daniel Engeli, Romanshorn-Salmsach: Ich **beantrage** Diskussion.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Diskussion wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

TRAKTANDUM 15

Mitteilungen

a) Kirchenrat

Kirchenrat Pfr. Samuel Kienast: Ich habe heute bereits die Palliativtagung erwähnt. Gerne möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass am Samstag, 14. Februar 2026 in der Kartause Ittingen sehr spannende Vorträge zu diesem Thema angeboten werden. Man kann sich ab sofort anmelden.

Kirchenrat Pfr. Paul Wellauer: In einer früheren Synode haben wir über "Plan P" und den Pfad der Pfarrausbildung ausführlich berichtet. An der Konkordatskonferenz wurde beschlossen, dass die beiden alternativen Wege, ins Pfarramt zu kommen, weiterverfolgt werden. Es wird aber noch die Vernehmlassung in die Kantonalkirche geschickt, denn wir müssten unsere rechtlichen Grundlagen anpassen. Es gibt nebst dem ordinierten Diakon, der ordinierten Diakonin und der Pfarrperson noch weitere Berufsbilder, wie den theologischen Mitarbeiter oder die theologische Mitarbeiterin. Das müsste in unseren Rechtsgrundlagen bis 2029 aufgeführt werden. Wenn es bewilligt wird, werden die ersten tätig. Ich bitte die Synodalen, die Menschen zu motivieren, den wunderbaren Beruf des Pfarrers oder der Pfarrerin zu ergreifen.

Kirchenrätin Gerda Schärer: Mein Auftrag heute Morgen war, die Differenz der 180'000 Franken bei den digitalen Servicestrukturen herauszufinden. Die Antwort dazu wird nachgereicht.

Kirchenrätin Ruth Pfister: Ein Blitzlicht zur Projektstelle junge Erwachsene unter der Leitung von Diakon Stefan Keller: Gestern fand in Weinfelden im Goldenen Dachs ein Treffen für junge Erwachsene statt. 60 junge Erwachsene kamen zu diesem Treffen, um Gemeinschaft zu erleben, Diskussionsrunden zu führen und Gesellschaftsspiele zu geniessen. Das war der Auftakt für verschiedene Communities, wie "Go deeper". Da kann man sich über den Glauben austauschen.

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Mein Ressort Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt sich sehr damit, wie wir in der Gesellschaft relevant sein können. Im Moment bin ich mit Referaten und Podiumsdiskussionen zu Themen wie, Christliche Bildung, Islam, Künstliche Intelligenz KI, politisches Engagement der Kirche, Naturwissenschaft und Glauben, Einsamkeit, Spiritualität und Alter unterwegs. Die Relevanz wird uns noch lange nicht ausgehen. Es sind nicht nur christliche und kirchliche Kreise, die anfragen. An dieser Stelle heisse ich Hanna Röthlisberger als Verantwortliche der Social Media herzlich willkommen. Sie bietet auf Instagram Erklärvideos beispielsweise über Ordination oder Abendmahl an. Die Anzahl der Follower ist steil gestiegen. Schauen Sie doch einmal in unseren Instagram-Kanal Evangelische Landeskirche Thurgau.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

b) Büro der Synode

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Heute ist unsere letzte Synode in dieser Legislatur.

Alle Synodalen, die heute das letzte Mal an einer Synode teilgenommen haben, werden vom Büro ein Abschiedsgeschenk erhalten. Wir verabschieden uns von Ihnen. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

Die nächste Synode findet am 29. Juni 2026 in der Kartause Ittingen statt.

Im Newsletter habe ich bereits von dieser Synode erzählt. Ich habe die Synodalen ermutigt, sich wieder der Wahl zu stellen, um eine gewisse Beständigkeit zu wahren. Bitte melden Sie sich bei den Präsidien oder Wahlvorbereitungsgremien. Wer nicht für eine nächste Amtsdauer kandidiert, sollte sich ebenfalls melden. Das ist aber kein Rücktritt, sondern ein Verzicht auf eine Wiederwahl.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es nach dem Grundsatz einer gemeinsamen Gemeindeleitung wünschenswert ist, dass noch mehr Pfarrpersonen in die Synode gewählt werden. Aktuell sind 20 der 125 Synodalen Pfarrpersonen. Es ist gut, wenn Pfarrpersonen einen marginalen Teil der Synode ausmachen. Sie haben in der Kirchgemeinde einen gewissen Einfluss, darum fordere ich Sie auf, Bewerber zu ermutigen.

An der kommenden Synode werden einige Wahlen anstehen. Die Synode wählt das Präsidium und das Vizepräsidium, das Aktuariat und die Stimmenzählenden. Von den bisherigen Büro-Mitgliedern darf ich Folgendes mitteilen: Das Präsidium wechselt von einer ordinierten zu einer nicht ordinierten Person. Aktuell haben wir keine Angaben darüber, ob sich jemand zur Verfügung stellt. Es macht Sinn, wenn es Mitglieder der Synode sind. Ich werde meiner Nachfolge alles erklären, alle Unterlagen in digitaler Form oder auf Papier übergeben. Natürlich stehe ich bei Fragen zur Verfügung. Mein Plan ist es, mich nicht in den Ablauf und die Dinge des Synodalebüros einzumischen. Ich kann wieder frei sprechen.

Für das Vizepräsidium stellt sich Pfr. Steffen Emmelius zur Verfügung. Er kann sich vorstellen, in vier Jahren das Präsidium zu übernehmen. Für das Aktuariat stellt sich nebst Johanna Pilat auch Elsbeth Graf zur Verfügung. Bei den Stimmenzählenden stellen sich, Pfr. Ulrich Henschel, Susanna Müller und Dominik Murer nochmals zur Verfügung. Somit fehlt ein Stimmenzähler oder eine Stimmenzählerin.

Es ist sehr erfreulich, dass sich in der Redaktionskommission alle Mitglieder wieder zur Verfügung stellen. Es wird aber einen Wechsel geben, weil eine Person aus dem Aktuariat in der Redaktionskommission vertreten sein muss. Elsbeth Graf hat sich zur Verfügung gestellt.

Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass sich von der Geschäftsprüfungskommission ebenfalls alle bisherigen Mitglieder wieder zur Verfügung stellen. Selbstverständlich ist das nicht in Stein gemeisselt. Es dürfen auch andere Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen werden. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt, aber rechtzeitig in einem Newsletter darüber informieren und zu einer Wählerversammlung einladen.

Diskussion – **nicht benutzt.**

c) Bericht der Synode der EKS

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Der Bericht der Synode der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (EKS) liegt schriftlich vor.

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Ich habe Fragen zum Absatz "Wissenschaftliche Studie zu sexuellem und spirituellem Missbrauch". 1. Was hat hier zum Umdenken geführt? 2. Sind im Kanton Thurgau Fälle bekannt? 3. War man sich bewusst, dass dies Ausstritte auslöst?

Kirchenratspräsidentin Prof. Dr. Christina Aus der Au: Es ist eine andere Art von Studie, der wir zugestimmt haben. Das erste wäre eine Dunkelfeldstudie gewesen, die in allen Bereichen wie Schule, Sportverein eruiert hätte, wie viele Fälle bekannt sind. Wir konzentrieren uns aber auf Fälle in unserer eigenen Kirche.

Kirchenrätin Ruth Pfister: 1. Nachdem die Dunkelfeldstudie abgesagt respektive abgelehnt wurde, soll eine Arbeitsgruppe entstehen, die sich weiterhin um das Thema kümmert. In einer breit zusammengesetzten Arbeitsgruppe wurde eine Lösung gesucht, wie man dem Thema gerecht werden könnte. Wir wollen klären, ob die Fälle, die wir haben, gut bearbeitet wurden und was man daraus lernen kann. Es geht darum, dass wir für die Zukunft lernen, damit das

nicht mehr passiert. Wenn es trotzdem Fälle gibt, gehört ihnen unsere ganze Aufmerksamkeit. Parallel dazu hat die EKS Standards vorgegeben, die wir in Schutzkonzepten einhalten müssen. 2. Ich weiss von Fällen im Thurgau. 3. Wir sind uns bewusst, dass das zu Austritten führen kann. Das ist aber kein Grund, den Blick abzuwenden.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

TRAKTANDUM 16

Umfrage

Daniel Engeli, Romanshorn-Salmsach: Ich komme zurück auf die "Causa Diessenhofen". Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský mag ein herausragender Akademiker und Theologe sein und einen persönlichen Beitrag zu einer sanfteren Revolution in der Tschechoslowakei geleistet haben, doch er scheint die Schweizer Rechtsordnung sowie unsere Geschichte und Kultur nicht richtig zu verstehen. Ich möchte das erklären. In der Schweizer Rechtsordnung im Strafgesetzbuch ist in Art. 261, im Volksmund als Antirassismus-Strafnorm bekannt, Folgendes zu lesen: "Wer öffentlich und in gemeiner Weise die Überzeugung anderer in Glaubenssachen, insbesondere den Glauben an Gott, beschimpft oder verspottet oder Gegenstände religiöser Verehrung verunehrt, wer eine verfassungsmässig gewährleistete Kultushandlung böswillig verhindert, stört oder öffentlich verspottet, wer einen Ort oder einen Gegenstand, die für einen verfassungsmässig gewährleisteten Kultus oder für eine solche Kultushandlung bestimmt sind, böswillig verunehrt, wird mit Geldstrafe bestraft." Die Medien haben bestätigt, dass Pfr. Spieth auf Facebook antisemitische, völkische und rechtsextreme Inhalte verbreitet hat.

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: In Umfragen können wir keine inhaltlich materiellen Diskussionen führen. Man kann sagen, dass einen die Aussagen verletzt haben, man nicht gehört wurde, dass es einen enttäuscht oder gefreut hat oder dass man damit nicht einverstanden ist. So, wie sich Daniel Engeli ausdrückt, ist es an einer Synodesitzung nicht gewünscht und eigentlich nicht möglich.

Daniel Engeli, Romanshorn-Salmsach: Pfr. Gottfried Spieth hat unter anderem behauptet, Angela Merkels Willkommenskultur sei schlecht für den "Gen-Pool". Ich zitiere Art. 261^{bis} des Schweizerischen Strafgesetzbuches. Dieser lautet wie folgt: "[...] wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht, wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung verweigert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft."

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Ich betone noch einmal, dass es nicht gewünscht und nicht möglich ist, so, wie sich Daniel Engeli ausdrückt, an einer Synodesitzung zu sprechen.

Daniel Engeli, Romanshorn-Salmsach: Ich würde es sehr begrüßen, wenn Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský sein intellektuelles Potenzial und seine knapp bemessene Zeit in Zukunft für ehrenhaftere Zwecke einsetzt.

Michael Tschumi, Frauenfeld: Nach der Synode ist vor der Synode. An der letzten Synode wurde die Motion von Pfr. Lukas Butscher behandelt. Ich machte mich für die Aufwertung der Diakone und Diakoninnen stark. Wir bildeten eine Arbeitsgruppe. Nun haben wir eine Motion, die wir im Juni 2026 lancieren könnten. Damit wir damit möglichst gute Chancen haben, etwas zu bewegen, bekunden wir das Interesse zum Review beziehungsweise zum Unterschreiben, sodass wir sie für die Sommer-Synode einreichen können. Wenn jemand Interesse hat, soll er sich bitte melden. Die Motion trägt den Titel: "Aufwertung des Berufsbildes für Diakoninnen und Diakone".

Robert Schwarzer, Arbon: Heute nehmen viele das letzte Mal an der Synode teil. Ich danke allen für die schöne Zusammenarbeit und die Kollegialität. Ich wünsche der Landeskirche und natürlich allen Kirchgemeinden eine sehr positive Entwicklung. Ich bin überzeugt davon, dass die Zeit für uns läuft. Wir müssen noch Mittel und Wege finden, aber ich denke aber, dass die Zukunft für uns spricht. Es ist unglaublich, dass man den relativierten Massenmord an den Juden als Teil der Meinungsfreiheit qualifizieren kann. Es ist eine Schande, so etwas von einem Pfarrer zu hören. Wenn das so weiter geht, müsste man auch sie unter Beobachtung stellen.

Gernot Klein, Neukirch an der Thur: Der Kirchenrat wurde in schriftlicher Form zum Teil scharf kritisiert. Das hat uns in der Vorsynode veranlasst, dazu Stellung zu nehmen. Es ist an der Zeit, dem Kirchenrat für die umsichtige und weitsichtige Vorgehensweise in den Geschäften zu danken. Ich bitte ausdrücklich um Applaus dafür.

Pfr. Dr. Zbyněk Kindschi Garský, Steckborn: Im Kreisschreiben Nr. 625 vom Oktober 2025 geht es um die Verrechnung der kirchlichen Abdankungen, in welchem empfohlen wird, dass auch die Pfarrperson entschädigt wird. Das ist neu. Ich finde es gut. Es entspricht aber leider nicht der aktuellen Verordnung. Ich rege an, die Verordnung zu aktualisieren.

Pfr. Gerrit Saamer, Egnach: Ich habe eben vernommen, dass man hier persönliche Befindlichkeiten äussern darf. Das finde ich gut. Ich habe heute Morgen einen sehr schönen Gottesdienst erlebt. Wir haben eine schöne Form erlebt. Pfr. Haru Vetsch hat die Dialogpredigt gewählt und sogar Familienangehörige aufgeboten. Wir haben als Gemeinschaft etwas Besonderes erlebt. Herzlichen Dank.

Pfrn. Sabine Aschmann, Schlatt: Nach der Sommersynode haben wir einen schönen Newsletter erhalten, in dem Beschlüsse zusammengefasst waren. Der Kirchenrat bemüht sich auch immer, um alle Änderungen der Gesetzgebung zu kommunizieren. Ich sehe es als nicht sehr sinnvoll an, dass man jedes Mal 25 Seiten Protokoll darin abdrucken muss. Das könnte man sehr gut auch digital liefern. Das war schon einmal das Thema, aber jetzt fände ich es gut, wenn man das ändern würde.

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Das ist naheliegend. In Kirchenratsaktuar Bernhard Rieder haben wir einen sehr versierten Archivar. In einem Heft ist kontinuierlich alles aufgeführt. Wie Sie sehen, füllen die vier Synode-Jahre zwei grosse Ordner. Aktuell haben wir noch das duale System, das sich aber früher oder später ändern wird.

Dr. Marianne Luginbühl, Frauenfeld: Ich bin zum letzten Mal in diesem erlauchten Gremium. Ich danke für die gute Zusammenarbeit. Ich danke dem Kirchenrat, der Synode und vor allem Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch. Ich wünsche der Thurgauer Kirche, dass es weiterhin möglich ist, mit der Freiheit eines Christenmenschen in einem offenen Geist ohne Verurteilungen miteinander zu sprechen.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Abschiedsrede Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: Es ist der ungefähre Durchschnitt, dass ein Drittel der Synodalen geht und zwei Drittel bleiben. Ihnen allen gebührt ein herzliches Dankeschön.

Ich gebe einen Rückblick auf die letzten vier Jahre: Mit dieser Synode geht meine vierjährige Amtsdauer als Präsident der Evangelischen Synode in unserer Landeskirche zu Ende. Seit 20 Jahren bin ich Pfarrer in Frauenfeld, seit 19 Jahren Mitglied der Synode und ebenso lange Teil des Büros. Acht Synodensitzungen durfte ich im Bewusstsein leiten, dass wir miteinander ein Stück des Weges gehen. Von Anfang an war es mir wichtig, die Synode als grosse Familie der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau zu verstehen. Wir duzen einander. Wir sind eine grosse Familie, die nicht immer gleicher Meinung ist, was wir heute wieder einmal gesehen haben. Was wichtig ist: Wir hören einander zu. Wir versuchen, einander gegenseitig zu verstehen, haben einen respektvollen Umgang, auch wenn wir unter-

schiedlicher Auffassungen sind. Das habe ich in den letzten Jahren als Geschenk empfunden. Wir haben in dieser Amtsdauer intensiv beraten, gerungen, diskutiert und oft abgestimmt. Nicht immer hat das, was ich oder die Synode wollte, obsiegt. Genau das gehört zu unserer gehüteten Demokratie in der Schweiz. Ich nehme in Kauf, dass etwas geschieht, das ich eigentlich so nicht wollte. Dem habe ich mich unterzuordnen. Ich denke und glaube, dass der Geist uns führt. Wenn etwas gegen meine Meinung beschlossen wird, hat auch das seine Berechtigung. In keiner Amtsdauer gab es so viele parlamentarische Vorstösse wie in dieser, nämlich sieben Motionen und sechs Interpellationen. Im Vergleich zu den drei letzten Amtsdauern waren es durchschnittlich zwei Motionen und drei Interpellationen. Das ist für mich ein Zeichen, wie sehr wir als Synodale Anteil nehmen, Verantwortung übernehmen, die Kirche aktiv gestalten und sie lebendig halten. Mir war wichtig, dass wir nicht nur pro forma vor dem Essen kurz singen. Um das Servicepersonal im Restaurant nicht in Verlegenheit zu bringen, haben wir damit begonnen, hier im Sitzungssaal zu singen. Es war mir wichtig, dass auch dieses Gottes Lob in der Synode dazugehört. Ebenfalls wichtig war es mir, den Gottesdienst vor der Synode zu stärken und in die Synodenarbeit einzubinden. Darum wurden die Predigten auch im Synodalamtsblatt gedruckt. So bleibt das Wort von Gott nicht nur ein Auftakt, sondern es soll uns auch in den Geschäften begleiten. So merkt man, dass eine Predigt in jedem Synodalamtsblatt enthalten ist. Ich bin davon überzeugt, dass davon unsere Beratungen bereichert wurden. In dieser Amtsdauer haben wir auch das Geschäftsreglement der Synode umfassend erneuert. Es war nicht nur keine einfache Arbeit, sondern auch eine gründliche Überarbeitung, indem wir den Ablauf genauer dargestellt haben. Es ist mir wichtig, dass wir als Synode auch ein eigenes Profil besitzen, dass wir unsere Rolle klären und dass es eine klare Ordnung gibt, dies nicht zum Selbstzweck, sondern zur Transparenz und letztlich zum Vertrauen. Ich bin mir bewusst, dass es Dinge gibt, die man gerne anders hätte. Für mich ist es nicht einfach, das Abgemachte auch durchzusetzen. Bei aller Geschäftigkeit war es mir wichtig, dass wir einander als Menschen schätzen. Das durfte ich heute beim Mittagessen wieder erleben. Es war eine grosse Freude für mich, die Synode zu leiten und das immer mit dem Wissen, dass es nur eine kurze Zeit dauert und ich die Glocke weitergeben darf. Es war mir auch eine Ehre, hier zu stehen und der Synode ein Gesicht zu geben. Ich sage ganz ehrlich, an den Abenden vor der Synode fühlte ich grossen Respekt. Dass es gut gelungen ist, verdanke ich den Synodalen. Wenn ich hier hereinkam, sie gesehen habe, da habe ich gemerkt, dass ich mich aufgehoben und getragen fühle.

Einen ganz besonderen Dank möchte ich den Büromitgliedern aussprechen. Sie haben mich getragen, korrigiert, unterstützt, und sie waren geduldig mit meinen Fehlern und Eigenheiten. Ohne sie hätte ich die Aufgabe nicht erfüllen können. Ich bin nicht eine genaue Person, die Mitglieder des Büros schreiben aber alles auf und arbeiten genau. Mein Dank geht auch an die Kirchenratskanzlei und an Ernst Ritzi, den früheren Kirchenratsaktuar. Lieber Ernst, deine unendlich liebevolle und umsichtige Art, deine Ruhe und dein Lächeln haben mir den Anfang enorm erleichtert. Wenn ich zu dir ins Büro kam, wusste ich, dass alles gut wird. Du warst ein guter Ratgeber. Heute werde ich von Monika Wiegisser unterstützt, die alles genau aufschreibt. Ohne sie wäre bei mir ein Chaos. Bernhard Rieder gibt mir jeweils kompetent Auskunft, ebenso wie Quästorin Kathrin Argaud. Die unglaubliche Zahlenflut wird von ihr, Sonja Zuliani und Monika Frei beherrscht. Claudia Koch erstellt den Newsletter. Ich danke aber auch dem Kirchenrat für die gute und wertschätzende Zusammenarbeit. Wir konnten die Sitzungen von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr sehr konstruktiv planen, denn wir waren nach einer halben bis dreiviertel Stunde bereits fertig. Die Kultur des gegenseitigen Vertrauens ist nicht selbstverständlich und ein Geschenk.

Wenn ich an die Amtsdauer 2022 bis 2026 denke, merke ich, dass sich in dieser Zeit auch viel Persönliches, beruflich wie privat, verändert hat. Man gewinnt neue Kollegen und Kolleginnen. Von einigen Menschen musste ich mich verabschieden. Wir nehmen uns in der Synodenfamilie so wie wir sind. Manches Mal wissen wir nicht, wie es dem Gegenüber geht, aber wir haben einen Platz, an dem wir dabei sein dürfen. Unser Leben schwingt mit Freuden, Sorgen und Trauer. Ich empfand es als tröstlich, dass wir einander tragen und an der Kirche weiterbauen können. Darin habe ich auch Kraft durch den Glauben als Stütze erfahren. Das Bibelwort, das ich heute für die Predigt wählte, ist ein Zusage. "Ihr seid das Salz der Erde, ihr seid das Licht der Welt." Dazu hat uns Jesus Christus berufen. Wir dürfen das Salz sein, aber wir sollen auch das Licht sein, nicht nur, wenn wir stark und erfolgreich sind, sondern

vor allem dann, wenn wir schwach sind und scheitern. Als authentische Nächste werden wir eher wahrgenommen, als wenn wir strahlende Sieger sind.

Ich möchte mich bedanken, dass Sie mich noch aushalten. Für meine Versäumnisse und Fehler bitte ich um Nachsicht und um Entschuldigung. Ich bin froh und dankbar, dass ich in dieser Kirche tätig sein darf und dass auch die Kirche mich erträgt. Ich bin überzeugt davon, dass wir eine Zukunft haben, auch wenn die Zukunft anders aussehen wird, als wir sie kennen. Die Zukunft der Kirche sind glaubende und liebende Menschen, die als Licht und Salz für die Welt leben. So gebe ich nun das Amt weiter. Bitte melden Sie sich. Gerne unterstütze ich Sie, wo immer es nötig ist. Ich gebe das Amt vertrauensvoll weiter. Die Synodenfamilie geht weiter, andere werden sie leiten, neue Stimmen werden sich melden, neue Wege werden sichtbar, aber unser Glaube an den dreieinigen Gott wird bestehen bleiben, auch wenn wir schon lange nicht mehr hier sind. Von Herzen danke ich Ihnen allen und bitte Gott, dass er Sie und die Kirche weiterhin segnet, damit wir das Salz der Erde und das Licht der Welt sein können.

Gemeinsam mit allen Christinnen und Christen auf der Welt beten wir, wie es uns Jesus gelehrt hat.

Unser Vater im Himmel,
geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel,
so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute,
und vergib uns unsre Schuld,
wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit.
Amen.

Synodalpräsident Pfr. Haru Vetsch: B'hüet eu Gott.

Ende der Sitzung: 17.00 Uhr.

Weinfelden/Roggwil, im Januar 2026

Die Aktuarin und der Aktuar	Protokoll abgefasst von Karin Hüttenbrenner Verantwortung Johanna Pilat Pfr. Steffen Emmelius (Traktandum 2)
-----------------------------	--

Genehmigt vom Büro der Synode mit Zirkularbeschluss
vom 5. Februar 2026

Der Präsident	Pfr. Haru Vetsch
Die Vizepräsidentin	Margrit Gentsch
Die Stimmenzählenden	Elsbeth Graf Pfr. Ulrich Henschel Susanna Müller Dominik Murer

Dialog-Predigt Synodengottesdienstes vom 17.11.2025

Evangelische Kirche Weinfelden

Pfr. Haru Vetsch, Frauenfeld und Lea Vetsch

Abschiedspredigt von Pfr. Haru Vetsch als Synodepräsident der Legislatur 2022-2026. Die Dialogpredigt wurde auf Mundart gehalten. Hier eine Abschrift der Aufnahme in Schriftsprache.

„Ihr seid das Salz der Erde. Wenn nun das Salz nicht mehr salzt, womit soll man salzen? Es ist zu nichts mehr nütze, als dass man es wegschüttet und lässt es von den Leuten zertreten“. Matthäus 5,13-16

Liebe Synoden-Gemeinde, liebe Synoden-Familie,

die heutige Predigt ist eine Dialogpredigt. Die Dialogpredigt ist eine ergänzende Form der Verkündigung. Sie lässt zwei Stimmen hören und gibt auch die Möglichkeit, eine andere Sicht in die Predigt im Gottesdienst einzubringen. Wenn zwei Menschen miteinander ins Gespräch kommen, gibt es Unterschiede, aber vor allem einen Austausch. Es wird sichtbar, Glauben lebt von Begegnungen, Glauben lebt von vis-a-vis, vom Du.

Die Dialogpredigt kann helfen, das Christsein in dieser Welt auch mehr zu verorten. Konkret, ehrlich, ungeschminkt, auch mit Fehlern, es ist nicht alles aufgeschrieben, was wir hier sagen. Und ich hoffe, es kann uns helfen, den Bibeltext tiefer zu verstehen.

Lea, danke, stellst du dich hier aus vor diesen 120 Mitgliedern der ganzen Thurgauer Kirche. Stell dich doch bitte kurz vor, was machst du so aktuell?

Sehr gerne, ich bin 25, aufgewachsen in Frauenfeld, habe in St. Gallen internationale Beziehungen studiert und bin erst vor kurzem nach Zürich gezogen. Und ich bin Pfarrtochter, das hat so einiges mit sich gebracht in meinen Leben. Ich denke es hat mich auch motiviert, internationale Beziehungen zu studieren. Nicht unbedingt wegen der Kirche, aber weil ich daran glaube, dass wir eine gewisse Verantwortung auf dieser Welt haben. Ich arbeite jetzt in der Stiftung ELEA für absolute Armutsbekämpfung in Zürich. Auch das hat sicher etwas mit meinem Lebensweg zu tun.

In meiner Freizeit bin ich gerne unterwegs. Ich habe es gerne lustig, bin auch gerne ab und zu im Ausgang. Ich fahre sehr viel Zug, zu meinem Freund nach Genf. Dadurch kenne ich mittlerweile sehr viele Gegenden der Schweiz.

Und Papa, wenn wir ein wenig über mein Alter sprechen, mit 25 bist du im Theologiestudium gewesen. Warum hast du Theologie studiert?

Ich bin im Männerdorf am Zürichsee aufgewachsen. Es wurde damals das «Jerusalem am Zürichsee» genannt, weil so viele christliche Bezugspunkte da waren, wie 'Mut zur Gemeinde' und ein CEVI, bei welchem über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler teilnahmen. Hier lebten die Theologie Professoren Weder und Stolz und zu meiner Zeit waren wir aus unserem Dorf fünf Theologiestudierende. Dieses Umfeld war es, was mich geprägt hat. Wir hatten eine vielfältige und liebevolle Gemeinschaft untereinander. Aber das Besondere war, dass mein Konfpfarrer vier Wochen vor der Konfirmation ins Militär musste und uns die ganze Organisation der Konfirmation zugemutet und anvertraut hat. Da habe ich gedacht: So ein Pfarrer möchte ich auch sein, der Menschen ermutigt.

Lea: Was macht Deine Generation aus?

Es ist immer schwierig, für alle zu reden. Aber ich glaube, zum einen kann man sicher sagen, dass wir enorm privilegiert sind, hier in der Schweiz leben zu können. Das sind wir uns zu wenig bewusst und meine Generation nimmt es als selbstverständlich an. Zum anderen merke ich, wie dominant die sozialen Medien sind, mit denen man immer verbunden ist. Es ist ein ständiges Vergleichen.

Ich frage mich oft, bin ich gut genug? Dann beschäftigt mich auch, dass so viel Schlimmes auf dieser Welt passiert: Kriege, Armut und Klimawandel, die mich persönlich belasten. Wie kann ich nicht Teil des Problems sein, sondern Teil der Lösung? Das ist die Frage, die ich mir sehr oft stelle. Welche Rolle spielen für mich dabei der Glauben, mein Empfinden aber auch mein Umfeld als junge Erwachsene? Wenn ich sage, mein Papa ist Pfarrer, dann werden an mich meist höhere ethische Vorstellungen

gestellt. Da merke ich, dass auch junge Menschen, die keinen Glauben haben, die Kirche durch ihre Repräsentanten als moralische Autorität sehen. Und dann kommt es zu wirklich lustigen Vorstellungen: Ob ich jeden Sonntag in die Kirche gehe oder vor dem Schlafengehen bete. Oder ob ich katholisch oder reformiert bin. (lach)

Es gibt auch junge Erwachsene, die erschrecken, wenn sie erfahren, dass ich Tochter eines Pfarrers bin. Aber wenn wir ins Gespräch kommen, dann ist das Eis gebrochen. Für mich haben der Glauben und meine Gefühle schon immer eine grosse Rolle gespielt. Wir gingen in die Sonntagsschule, haben gebetet vor dem Essen und wurde alle im CEVI gross.

Ich glaube, wenn ich etwas zu Hause über den Glauben gelernt habe, dann ist es, dass ich so glauben darf, wie ich bin. Und dass jede Religion wichtig ist. Sei es reformiert, christlich, katholisch oder auch ganz etwas anderes. Ich glaube, das ist für mich Glauben: Offen sein. Offen auf Menschen zu gehen.

Und für mich ist der Glauben immer mit der Nächstenliebe gekoppelt. Ich mag mich noch erinnern, wie wir im Pfarrhaus immer wieder Menschen aufgenommen haben. Als Zehnjährige fand ich es gar nicht lustig, dass Obdachlose bei uns geschlafen haben. Das hat mich manchmal belastet, wenn sie so betrunken am Tisch mitgegessen haben. Ich kann mich noch erinnern, dass jemand eine Zeit lang immer wiedergekommen ist, und dann einmal so stark gestunken hat, dass mein Vater eine Matratze ins Gartenhaus gestellt hat, damit er dort schlafen kann. Bei alledem habe ich mir immer wieder überlegt: Was würde Jesus tun? Ich glaube, das ist für mich Glauben. Offen sein für alles. Und vor allem da sein für Menschen, die niemanden haben.

Papa: Was prägt Dich im Pfarramt?

Mich prägten von Anfang an und immer noch Begegnungen. Ich könnte von meiner ersten Stelle von so vielen Begegnungen erzählen. Es ist ein Privileg, dass wir als Pfarrperson mit so vielen Menschen in Kontakt kommen, so viele Menschen auch ein Stück auf ihrem Weg begleiten. Hier wird für mich deutlich, was es heisst, Salz für diese Erde zu sein. Und das ist es, was ich bis heute am Pfarrberuf schätze: Ein Vis-a-vis-sein, mit Menschen unterwegs sein. Auch wenn das Theologiestudium oft sehr theoretisch war, gab es mir einen gewissen Background.

Spannend finde ich Begegnungen mit Menschen, die kaum mit der Kirche etwas zu tun haben. Da ist plötzlich ein Vertreter der Kirche. Das empfinde ich als Chance, offen über den Glauben zu sprechen, auch über das Scheitern, auch über die Not dieser Welt.

Lea, was denkst du, wie sind die jungen Menschen heute im Glauben unterwegs, was prägt sie so? Gibt es da überhaupt noch Formen, wo du merkst, das hat irgendetwas mit Spiritualität oder mit Glauben zu tun?

Ich glaube, in meinem Umfeld spielt der Glauben kaum eine Rolle. Höchstens wenn man erfährt, dass ich Pfarrtochter bin. Dann stellen sie mir ganz spannende Fragen in der Meinung, ich sei eine Religionsexpertin. Aber ansonsten merke ich, dass der Glauben keine Rolle spielt. Die meisten meiner Freunde sind aus der Kirche ausgetreten. Und dennoch glaube ich, dass der Glauben gelebt wird, aber in anderen Formen. Ich glaube immer noch, das Glauben an das Gute sehr wichtig ist. Aber die Kirche an sich hat bei vielen jungen Menschen keine Bedeutung mehr.

Papa, was ist dein Gefühl? Was prägt deine Generation? Und wie würdest Du heute Deinen Glauben definieren?

Ich kann mich noch erinnern, dass wir CEVI-Leitenden immer zuvorderst in der Kirche gesessen haben. Ganz demonstrativ. Manchmal noch mit dem CEVI-Pulli, dass man das auch ja sehen sollte. Nun, die Kirche war damals auch eine Möglichkeit, sich zu treffen und für den Sonntag abzumachen, was dann so alles läuft. Man kann sich ja nicht vorstellen, dass es damals kein Handy, kein WhatsApp, kein Internet, gar nichts gab. Das alles hat draussen vor der Kirche stattgefunden. Und wenn jemand verschlafen hat, dann stand er mindestens am Schluss der Kirche draussen, damit er überhaupt den Anschluss hatte und wusste, wo man dann am Nachmittag hingeht. Es war eine ganz andere Form von Glauben. Ich meine, das hat mich geprägt, dass man in der Kirche oder im CEVI miteinander einfach auch etwas gestalten konnte. So war der Glauben auch etwas ganz Praktisches.

Lea, was macht die Kirche, aber auch die Landeskirche aus? Was können sie noch mehr tun für die jungen Erwachsenen? Und wo hast du das Gefühl, haben wir die Chance verpasst, den Kontakt zu den Jungen aufrechtzuhalten?

Ich bin sicher, dass die Kirche viel macht, für die Menschen, die auf der Suche sind, Trost brauchen oder auch den Glauben teilen wollen. Ich erinnere mich gut. Vor etwa zehn Jahren haben wir Weihnachten für alle gefeiert. Dass wir als Familie Weihnachten nicht am 24. feiern, ist für mich normal. So haben wir am 24. nach dem Gottesdienst im Kirchengemeindehaus Weihnachten gefeiert mit all denen, die Weihnachten feiern wollten. Ich fand es sehr spannend, wer gekommen ist. Alleinerziehende, Wittfrauen, Menschen, die sehr schüchtern waren und solche die ich schon eigenartig fand. Viele, die niemanden hatten. Und ich glaube, genau das hat mir gezeigt, was Kirche sein kann. Die Kirche ist viel mehr als nur ein Bibelbuch, das in der Kirchenbank liegt.

Ich glaube, genau das muss man zeigen, dass die Kirche nicht nur ein Gottesdienst am Sonntag ist. Sondern, dass es so viele Projekte in der Kirche gibt, dass sie so vielen Menschen ein Zuhause bietet. Ich kann mich gut erinnern, als wir ein Jahr in Chile gelebt haben, sind wir natürlich dort auch in die Kirche gegangen. Dort war die Kirche ganz anders. Es war immer ein riesiges Chaos. Die Leute kamen zusammen, tauschten Essen, brachten Sachen mit und lachten. Und sie waren fröhlich. Das hat mich sehr berührt. Und ich habe gespürt, dass der Glaube weltweit eine grosse Bedeutung hat.

Papa, was meinst Du: Wie steht es um die Kirche und was hat sie verpasst, dass nicht mehr so viele junge Leute in die Kirche kommen. Warum ist das Salz fad geworden?

Ich glaube nicht, dass das Salz fad geworden ist. Aber das Salz ist nicht spürbar, weil es in Töpfen gekocht wird, die weniger verteilt werden. Ich glaube, wir haben es verpasst, unsere Kirche weit zu öffnen. Und damit meine ich nicht nur die Gebäude, sondern auch die Form unseres Gottesdienstes. Ich bin mir als Pfarrer natürlich bewusst, dass dies gar nicht so einfach ist. Auch ich würde es nicht schätzen, wenn wir plötzlich alles ganz anders machen würden. Aber gerade darin liegt die Krux, dass wir es mit denen, die da sind, gut haben, weil wir wissen: ich gehöre ja dazu.

Aber wie geht es dann weiter? Wir müssen Formen finden, zu denen wir junge Menschen einladen können. Und so weh es uns tut, die sind halt nicht am Sonntag. Ein Gottesdienst am Freitagabend im Restaurant. Formen, die heute auch schon existieren, die müssten wir mutig selbst ausprobieren.

Lea, der Auftrag der Landeskirche gründet auf dem Fundament von Jesus Christus. Wie könnten wir Christinnen und Christen mehr Salz für die Erde sein und Licht für die Welt? So, dass auch junge Menschen das sehen würden.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir offen auf andere Menschen zugehen, egal wie sie glauben. Es sind nicht Bibelverse, die unser Leben bestimmen, sondern eine Haltung, die auf Christus stützt. Ich denke, es ist wichtig, Gemeinschaft anzubieten und zu zeigen, dass die Kirche viel mehr ist als nur der Gottesdienst am Sonntagmorgen.

Die Kirche darf zeigen, was sie alles macht und wie sie da ist für Menschen, sei es mit einer Behinderung oder für Menschen, die nicht so viel haben. Ich glaube, es ist auch schön, zu zeigen, wie offen die Kirche heutzutage geworden ist. Offen für Andersdenkende, offen für Andersliebende und vor allem offen für Leute, die zusammenkommen wollen. So können wir Salz für diese Welt sein.

Lea, danke, dass Du so offen über den Glauben und Deine Generation gesprochen hast. Schön, dass wir das zusammen machen können.

Danke vielmals, Papi, und danke, dass du mir gezeigt hast, dass Glauben etwas Wertvolles ist.

Amen.

Synode Amtsdauer 2026 – 2030 – Terminübersicht *

2026		
29.06.2026	Wahlen: - Büro: Präsidium, Vizepräsidium, Aktuariat Stimmzähler - Geschäftsprüfungskommissionen - Redaktionskommission Jahresbericht 2025 Rechnung 2025 (Fristen: 80 Tage: 10.04.26 60 Tage: 30.04.26)	Kartause Ittingen
30.11.2026	Budget 2027 (Fristen: 80 Tage: 11.09.26 60 Tage: 01.10.26)	Rathaus Weinfelden
2027		
28.06.2027	Jahresbericht 2026 Rechnung 2026 (Fristen: 80 Tage: 09.04.27 60 Tage: 29.04.27)	Rathaus Frauenfeld
29.11.2027	Wahlen (für die Amtsdauer 2028 bis 2032) - Kirchenrat - Rekurs- und Beschwerdekommision - Drei Delegierte in die Synode der Evang.-ref. Kirche Schweiz EKS - Ombudsstelle: Inhaber(in) und zwei Ersatzpersonen Budget 2028 (Fristen: 80 Tage: 10.09.27 60 Tage: 30.09.27)	Rathaus Weinfelden
2028		
26.06.2028	Jahresbericht 2027 Rechnung 2027 (Fristen: 80 Tage: 07.04.28 60 Tage: 27.04.28)	Rathaus Frauenfeld
ev. Sommer	ev. Gesprächssynode	Evtl. Kartause
20.11.2028	Legislaturziele 2028-2032 Budget 2029 (Fristen: 80 Tage: 01.09.28 60 Tage: 21.09.28)	Rathaus Weinfelden
2029		
25.06.2029	Jahresbericht 2028 Rechnung 2028 (Fristen: 80 Tage: 06.04.29 60 Tage: 26.04.29)	Rathaus Frauenfeld
26.11.2029	Budget 2030 Verabschiedungen (Fristen: 80 Tage: 07.09.29 60 Tage: 27.09.29)	Rathaus Weinfelden

Synode Amtsdauer 2030-2034 – Vorschau *

2030		
Nov. 2029 – April 2030	Wahlen der Synodalen in den Kirchgemeinden	Kirchgemeinden
24.06.2030	Wahlen: - Büro: Präsidium, Vizepräsidium, Aktuariat, Stimmzähler - Geschäftsprüfungskommissionen - Redaktionskommission Jahresbericht 2029 Rechnung 2029 (Fristen: 80 Tage: 05.04.30 60 Tage: 25.04.30)	Rathaus Frauenfeld
25.11.30	Budget 2027 (Fristen: 80 Tage: 06.09.30 60 Tage: 26.09.30)	Rathaus Weinfelden

*Daten und Orte: Änderungen vorbehalten. Aktuelle Daten siehe <https://www.evang-tg.ch/landeskirche/synode.html>

FRISTEN: **Motionen / Rücktritte:** 80 Tage | **Interpellationen:** 60 Tage

59 | Du bist da, wo Menschen leben

1

C A_M F G

1. Du bist da, wo Men - schen le - - - ben,
 2. Du bist da, wo Men - schen hof - - - fen,
 3. Du bist da, wo Men - schen lie - - - ben,
 4. Hal - le - lu - ja, hal - le - lu - - - ja,

2

C A_M F G

1. du bist da, wo Le - ben ist.
 2. du bist da, wo Hoff - nung ist.
 3. du bist da, wo Lie - be ist.
 4. hal - le - lu - ja, hal - le - lu - ja.

3

C A_M F G

1. Du bist da, wo Men - schen le - - - ben,
 2. Du bist da, wo Men - schen hof - - - fen,
 3. Du bist da, wo Men - schen lie - - - ben,
 4. Hal - le - lu - ja, hal - le - lu - - - ja,

4

C A_M F G

1. du bist da, wo Le - ben ist.
 2. du bist da, wo Hoff - nung ist.
 3. du bist da, wo Lie - be ist.
 4. hal - le - lu - ja, hal - le - lu - ja.